

Sehr geehrte Damen und Herren,

Niederösterreich, Tschechien, die Slowakei und Westungarn sind von der Erweiterung der Union besonders stark betroffen. Dies bedeutet für die Regionen eine gewaltige Herausforderung. Durch die Intensivierung von grenzüberschreitenden Kontakten und den Aufbau gemeinsamer Kooperationen sollen die Chancen, die sich daraus ergeben, offensiv genutzt werden.

Das EUREGIO forum unterstützt und fördert deshalb die Zusammenarbeit durch die Bereitstellung von geeigneten Informationen, Kontakten und Hintergrundberichten. Zu diesem Zweck soll Sie dieser Newsletter über grenzüberschreitende Aktivitäten informieren. Wir haben dabei unser Augenmerk bewusst auf die Entwicklungen in den Grenzregionen gerichtet.

Die vorliegende Ausgabe des Newsletter ist die letzte, die auf die herkömmliche Art verteilt wird. Ab 2002 wird auf der Homepage des EUREGIO forums (www.euregioforum.at) eine Online – Datenbank mit den neuesten Informationen verfügbar sein. Um auch weiterhin in den Genuß dieses Informationsmediums zu kommen bitten wir Sie, sich in unserer Mailing List auf www.euregioforum.at einzutragen.

Das EUREGIO forum wünscht Ihnen eine interessante Lektüre sowie Frohe Weihnachten und ein erfolgreiches neues Jahr 2002.

Dr. Hannes Schaffer

Impressum

Endredaktion: mecca environmental consulting, Hochwiese 27a, A-1130 Wien
www.mecca-consulting.at

Redaktion Ungarn: Reka Kantona

Redaktion Slowakei: Marta Kucakova

Redaktion Tschechien: Jan Moudrý

Redaktion Österreich: Hannes Schaffer, Petra Hirschler

INHALTSVERZEICHNIS

POLITIK.....	4
ÖSTERREICH.....	4
<i>Konferenz der "Regionalen Partnerschaft"</i>	4
<i>Studie über Einstellung der Bevölkerung zur EU-Erweiterung</i>	4
<i>Verzetnitsch zu EU-Erweiterung: Fristen nutzen</i>	5
<i>LH Pröll und Präsident Schuster diskutierten über EU-Erweiterung</i>	5
<i>Die Länder präsentieren ihre Kooperationsprojekte</i>	6
<i>EU-Projekte sollen entwickelt werden</i>	6
TSCHECHIEN	7
<i>Vom Grenzgebiet auf internationalen Ebene</i>	7
<i>Die Tschechen bestätigen: Wir sind bereit, Temelin umzubauen</i>	7
SLOWAKEI.....	7
<i>Erste Wahl in die Höheren Gebietseinheiten (VÚC)</i>	7
UNGARN	8
<i>Ungarisch hat Vorrang</i>	8
<i>Erweiterung: Ungarn gegen Verschiebung</i>	8
<i>Versammlung der Regionen Europas tagt in Sopron</i>	8
LANDWIRTSCHAFT	10
ÖSTERREICH.....	10
<i>Fitness-Programm für ländlichen Raum und Landwirtschaft</i>	10
TSCHECHIEN	10
<i>Die Österreicher zum ersten Mal in Prag</i>	10
SLOWAKEI.....	10
<i>Die Bauernhöfe werden gezählt</i>	10
UNGARN	11
<i>Die Agrarbeihilfen werden 2002 wieder etwa 190 Mrd. Ft erreichen</i>	11
<i>Weinernte beläuft sich in diesem Herbst auf 810.000 Tonnen</i>	11
<i>Zuckerbranche erwartet gutes Jahr</i>	11
HUMANRESSOURCEN	12
ÖSTERREICH.....	12
<i>EU-Erweiterung: Der unbekannt Nachbar Tschechien</i>	12
<i>Ettl warnt vor "brain-drain" in den Erweiterungsstaaten</i>	12
<i>Warschauer PraktikantInnen zu Besuch bei der Wiener Stadtverwaltung</i>	12
TSCHECHIEN	13
<i>Die Österreicher sind nicht gegen freie Bewegung der Arbeiter</i>	13
<i>Die Tschechen haben eine ähnliche Mentalität wie die Österreicher</i>	13
SLOWAKEI.....	13
<i>Statistikamt veröffentlicht erste Ergebnisse der diesjährigen Volkszählung</i>	13
EU-FÖRDERPROGRAMME	14
ÖSTERREICH.....	14
<i>"30 Prozent INTERREG-, 16 Prozent Ziel 2-Mittel bereits abgerufen"</i>	14
<i>Sitzung der NÖ Landesregierung</i>	14
SLOWAKEI.....	14
<i>Die Förderungen aus den Fonds der EU können nicht genutzt werden</i>	14
<i>Verteilung der Mittel aus dem Fond Phare</i>	15
<i>Agentur SAPARD bereits im nächsten Jahr</i>	15
UNGARN	15
<i>Budapester Konferenz zum EU-Strukturhilfefonds</i>	15
VERKEHR	16
ÖSTERREICH.....	16
<i>Lückenschluss von der Ostsee bis zur Adria</i>	16
UNGARN	16
<i>Grenzübergangsstelle bei Zsira/Lutzmannsburg</i>	16
<i>Ab 2004 auf der Autobahn vom Balaton zur Adria</i>	16
<i>Übergangsfristen für Ost-Transporteure</i>	16
<i>Per Eisenbahn von Budapest nach Helsinki</i>	16

Bombardier erhält Bahn-Auftrag in Ungarn.....	17
Neue Bahnverbindung nach Warschau: Visegrád-Express.....	17
UMWELT	18
ÖSTERREICH.....	18
"Landwirtschaft und Klimaschutz in Österreich und Tschechien".....	18
Gemeinsames Umweltprojekt NÖ - Slowakei gestartet.....	18
SLOWAKEI.....	19
Slowakei wird 187 Milliarden Kronen in die Umwelt investieren.....	19
"Gipfeltreffen" für Großtrappe.....	19
EU Auszeichnung im Umweltbereich.....	19
Slowakei unterzeichnet wichtiges Dokument.....	19
UNGARN.....	19
Drei Städte bekommen Preis für Umweltpolitik.....	19
WIRTSCHAFT	20
ÖSTERREICH.....	20
WKÖ plant erstes Auslands-WIFI in Budapest.....	20
OMV erweitert slowakisches Tankstellennetz um 13 Stationen.....	20
Ostslowakei: Beachtenswerter Markt und Plattform für den Osten.....	20
TSCHECHIEN.....	21
Tschechische Firmen öffnen sich dem internationalen Markt.....	21
Der Journalist und die tschechischen Erzeugnisse.....	21
Investkredit Bank AG: Eröffnung der Repräsentanz Prag.....	21
SLOWAKEI.....	22
OTP kauft Mehrheitsanteile der slowakischen Bank IRB.....	22
UNGARN.....	22
DaimlerChrysler und Rába planen gemeinsame Lkw-Produktion.....	22
Reisebüro-Kette Ibusz geht von der Börse.....	22
Audi will in Győr weiter investieren.....	22
Rába und Caterpillar mit gemeinsamer Investition.....	23
CPS baut Arzneimittelwerk in Nordungarn.....	23
Flugplatz Börgönd wird versteigert.....	23
Hohe Geldbuße für Erste Bank.....	23
Sibur-Pläne bei BorsodChem.....	23
Hirtenberger baut Munitionsfabrik.....	23
Neues Werk in Nagyatád.....	24
Robust Plastik Assembling liefert mehr Faxe aus Győr.....	24
REGIONALENTWICKLUNG	25
ÖSTERREICH.....	25
Grenzüberschreitende Kleinprojekte im Industrieviertel.....	25
Grenzüberschreitendes Impulszentrum Retz gestartet.....	25
NÖ Regionalmanager in Brüssel.....	25
Interreg Projekt RAPIS abgeschlossen.....	26
EUREGIO Forum Niederösterreich.....	27
Zukunftsfähige Regionalentwicklung - Bildung für Nachhaltigkeit.....	27
SLOWAKEI.....	28
ISOMI – Informationssystem der Gemeinden und Städte im Internet.....	28
TOURISMUS	29
ÖSTERREICH.....	29
Gleichenfeier für die Therme Laa an derThaya.....	29
SLOWAKEI.....	29
Kleinkarpater Weinstraße.....	29
Präsentation des Weinkalenders.....	29

POLITIK

Österreich

Konferenz der "Regionalen Partnerschaft"

Die von Österreichs Außenministerin Benita Ferrero-Waldner ins Leben gerufene "Regionale Partnerschaft" mit Ungarn, Tschechien, Slowenien, Polen und der Slowakei ist am Donnerstag zur zweiten Konferenz in Pressburg zusammen getreten. Die Vertreter aller Staaten betonten unisono, die Initiative habe sich als "lebensfähig" erwiesen. Außenministerin Ferrero-Waldner hob die Koordinierung von Sicherheitsmaßnahmen hervor. Am 10. Dezember wollen die sechs Staaten gemeinsam ihre Kultur präsentieren. Die nächste Tagung der regionalen Partnerschaft findet kommendes Jahr in Slowenien statt.

30.11.2001 (Quelle: www.wienerzeitung.at)

Studie über Einstellung der Bevölkerung zur EU-Erweiterung

Weil die Diskussion um die EU-Erweiterung mit teilweise falschen Zahlen in die falsche Richtung gelaufen sei, wie Dr. Gerhard H. Bauer, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik betonte, haben seine Gesellschaft gemeinsam mit dem Institut für Trendanalysen und Krisenforschung Interviews und Meinungsumfragen über die Einstellung der Bevölkerung zur EU-Erweiterung beiderseits der Grenze Niederösterreichs mit der Slowakei und Tschechien durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Studie wurden heute in St. Pölten präsentiert:

Demnach sind zwei Drittel der Niederösterreicher nicht der Meinung, dass die Öffnung der Grenze zu Tschechien und der Slowakei eine "schlechte Sache" war. Nur eine Minderheit der Niederösterreicher ist der Ansicht, dass sie persönlich (16 bzw. 17 Prozent), ihre Gemeinde (23 bzw. 29 Prozent) und Niederösterreich (23 bzw. 24 Prozent) aus der Grenzöffnung mehr Nachteile erfahren hätten.

Nicht abgelehnt wird ein EU-Beitritt Tschechiens und der Slowakei von 63 Prozent.

Allerdings haben mehr als drei Viertel der Niederösterreicher selten oder nie Kontakt zu Tschechen bzw. Slowaken, wenn dies doch der Fall ist, stehen dabei Treffen mit Freunden deutlich im Vordergrund. Nur eine kleine Minderheit hält sich mindestens einmal pro Monat im Nachbarland auf, an erster Stelle stehen dabei Besichtigungen, Ausflüge und Einkaufen.

Niederösterreichs Beauftragter für die EU-Erweiterung, Dr. Gerhard Silberbauer, nannte in diesem Zusammenhang die Studie besonders wertvoll für den Abbau von Informationsdefiziten und eine gute Grundlage für das sehr ambitionierte NÖ Fitnessprogramm. Für die EU wird die Erweiterung zu einer Win-Win-Situation führen, am stärksten profitieren werden Österreich und Deutschland. Für Niederösterreich wird der Nutzen die Kosten übersteigen, zeigte sich Silberbauer überzeugt.

Anzustreben sind laut Silberbauer neben einem Aufholen des Rückstandes bei der Verkehrsinfrastruktur, bei der jetzt das Jahr 2003 als Baubeginn für Nordautobahn bzw. Spange Kittsee feststeht, vor allem mehr Grenzübergänge zur Slowakei. Mit bereits rund 100 betrieblichen Kooperationen von kleinen und mittleren Unternehmen sei diese Ebene der Zusammenarbeit keine Seltenheit mehr, vermehren ließe sich allerdings die Zahl der Gemeinde-Partnerschaften, auch Schulen könnten zu mehr grenzüberschreitenden Aktivitäten ermuntert werden. Insgesamt sei die Aufgeschlossenheit gegenüber den Nachbarn unmittelbar an der Grenze viel höher als im Landesinneren, so Silberbauer.

Abg. z. NR Dr. Hannes Bauer führte in seiner Funktion als Vorsitzender des Instituts für Trendanalysen und Krisenforschung aus, wenn mit den neuen Ländern in Brüssel eine gemeinsame Strategie verfolgt werden solle, dürfe man "die Türe nicht im vornhinein zuschlagen". Seit 1989 habe sich der Export verdreifacht und der Import verdoppelt, auch der Warenverkehr sei mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft längst liberalisiert. Aus heutiger Sicht auf den Stand der Verhandlungen sei anzunehmen, dass ein Teil der Staaten bereits an der Europa-Wahl im Juni 2004 teilnehmen könne. Die im Zuge der Studie durchgeführten Bürgermeister-Gespräche fasste Bauer dahingehend zusammen, dass die Grenzöffnung allgemein mit wirtschaftlichem Aufschwung, einer allgemeinen Belebung und einem Stop der Abwanderung in Verbindung gebracht werde. In bezug auf vorherrschende Ängste sei die steigende Kriminalität kein Thema mehr, sehr wohl aber der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, bei der es seit 1989 kaum Verbesserungen gegeben hätte. Auch die Betriebsansiedlungs-Hoffnungen seien bis dato nicht erfüllt. Angesichts der seit 1867 wechselseitig vorherrschenden Traumata sei jedenfalls die gemeinsame Vergangenheit keine Option für die Zukunft, sehr wohl aber gemeinsame Visionen, so Bauer abschließend.

12.11.2001 (Unterlagen: www.euro-info.net) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

Verzetnitsch zu EU-Erweiterung: Fristen nutzen

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Übergangsfrist von bis zu sieben Jahren für den Arbeitsmarkt ist weder Beruhigungspille, noch sei damit alles erledigt, stellte ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch bei der Eröffnung der ÖGB-EU-Erweiterungskonferenz in Laa an der Thaya fest. Mehr als 100 GewerkschafterInnen haben Donnerstag über die Chancen und Risiken der EU-Erweiterung diskutieren. Mit dabei waren auch VertreterInnen der tschechischen Gewerkschaften.

Bei dieser Konferenz gehe es dem ÖGB darum, für die EU-Erweiterung Ziele zu definieren und Positionen zu hinterfragen. Konkret meinte er: "Es geht auch darum, zu Fragen ob unsere Position, dass es den freien Arbeitsmarkt erst geben, wenn die Beitrittsländer 80 Prozent des österreichischen Lohnniveau erreicht haben."

Ausreichenden Schutz für den Arbeitsmarkt, Klarheit über die tatsächlichen Kosten der EU-Erweiterung und eine rechtzeitige Vorbereitung des österreichischen Arbeitsmarktes auf die Erweiterung: Das forderte AK Präsident Herbert Tumpel.

Tumpel: Es gelte zu verhindern, dass bei einer schlecht vorbereiteten EU-Erweiterung die österreichischen Arbeitnehmer die Verlierer sind. Deshalb fordert der AK Präsident auch nach Ablauf der Übergangsfrist eine Schutzgarantie, wenn der österreichische Arbeitsmarkt bei der Erweiterung unter Druck gerät. Und er verlangt, dass der österreichische Arbeitsmarkt auf die Öffnung gegenüber den Beitrittsländern vorbereitet wird. "Gerade in diesem wichtigen Punkt sind die Regierung und auch die EU säumig", kritisiert AK Präsident Tumpel. Über die Forderung, dass die Öffnung des Arbeitsmarktes erst kommt, wenn die neuen EU-Mitglieder 80 Prozent des österreichischen Lohnniveaus erreicht haben könne durchaus noch diskutiert werden, meinte der AK-Präsident. Die Regierung darf auf die Erweiterung nicht defensiv und abwartend reagieren, sondern muss den Erweiterungsprozess aktiv mitgestalten, fordert Tumpel. Damit die Arbeitnehmer in Österreich bei der Erweiterung nicht unter Druck geraten, verlangt der AK Präsident von der Regierung endlich eine wirkliche Offensive in der Aus- und Weiterbildung statt "bloßer Überschriften ohne Inhalt". "Der Schwerverkehr auf Österreichs Straßen wird bei der Erweiterung sprunghaft ansteigen", sagt Tumpel, "statt sich jetzt schon darauf vorzubereiten, setzt die Regierung bei der Infrastruktur den Sparstift an." Längst überfällig sind für Tumpel auch wirksame Maßnahmen gegen das illegale organisierte Schwarzunternehmertum. "In all diesen Fragen sind die Regierung und die EU säumig", kritisiert Tumpel, "diese Fragen müssen aber geklärt werden, bevor der Zug abgefahren ist - also jetzt." "Die EU-Erweiterung hat politische Motive und ist ein Friedensprojekt. Sie sollte daher so erfolgen, dass die Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt auch für die 'Verlierer' erträglich bleiben. Dafür müssen sich die Gewerkschaften einsetzen", stellte der WIFO-Experte Dr. Ewald Walterskirchen fest.

Im Bereich des Arbeitsmarktes seien das zentrale Problem die Tages- und Wochenpendler.

Walterskirchen: "Sie können in Österreich viel mehr verdienen als in ihrer Heimat und gleichzeitig zu Hause billig leben. Vor allem in den Ballungsräumen wird der heimische Arbeitsmarkt im Zuge der Freizügigkeit unter Druck kommen. In den ersten fünf Jahren nach Gewährung der Freizügigkeit könnten bei normaler Konjunktur 100.000 bis 150.000 Menschen aus den Beitrittsländern in Österreich Arbeit suchen, mehr als die Hälfte davon als Tages- und Wochenpendler."

Den Vorschlag der EU-Kommission, Übergangsfristen von bis zu sieben Jahren vorzusehen, bezeichnete er als "einseitige Lösung". Sie trage nur dem Fall Rechnung, dass "die Freizügigkeit vielleicht kein besonderes Problem darstellen könnte".

Dem Argument, dass Österreich in zehn Jahren dringend Fachkräfte vor allem auch aus den östlichen Nachbarstaaten brauchen, hielt Walterskirchen folgende "Anmerkungen" entgegen:

- Bei der Freizügigkeit werden nicht nur Fachkräfte, sondern auch Hilfskräfte kommen. Bei den "Nur-Pflichtschulabsolventen" gibt es aber bereits jetzt eine Arbeitslosenquote von elf Prozent.
- Die Erfahrungen mit der Liberalisierung des Ausländerzustromes haben gezeigt: Sie wirkt sich für die Wirtschaft und die Beschäftigtenzahlen positiv aus. Aber die Unternehmer holen mehr Ausländer herein als zusätzlich gebraucht werden. Es kommt zu einem Verdrängungswettbewerb, weniger produktive In- und Ausländer werden arbeitslos.

Walterskirchen: "Das entscheidende Kriterium der Freizügigkeit der Arbeitnehmer ist für mich nicht, wie hoch der Zustrom ist, sondern dass die Arbeitslosigkeit infolge des Zustroms nicht steigen soll." 25.10.2001 (Rückfragehinweis: ÖGB Presse und Öffentlichkeitsarbeit) (Quelle: ÖGB News, Presseaussendung)

LH Pröll und Präsident Schuster diskutierten über EU-Erweiterung

"Damit das europäische Projekt ein Zukunftsprojekt wird, braucht es den Dialog auf breitester Ebene und die Bereitschaft, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen." Landeshauptmann Dr. Erwin

Pröll ließ gestern Abend beim Europasymposium "Zukunft Europa: Niederösterreich und die Slowakei - Perspektiven einer guten Nachbarschaft" im ORF Landesstudio Niederösterreich in St.Pölten keinen Zweifel daran, wie wichtig die EU-Erweiterung ist und welche Bedeutung im Hinblick auf die Erweiterung eine funktionierende Partnerschaft und Zusammenarbeit mit dem Beitrittskandidaten Slowakei für Niederösterreich hat. Das bekräftigte auch der Präsident der Slowakischen Republik, Dipl.Ing. Rudolf Schuster, der aus Anlass seines gestrigen Aufenthaltes in Österreich ins Landhaus nach St.Pölten gekommen war und nach einem Gespräch mit Landeshauptmann Pröll am Symposium teilnahm. Die Slowakei unternahme derzeit große Anstrengungen auf ihrem Weg zurück nach Europa. Schuster hofft dabei auf die Unterstützung Österreichs und insbesondere Niederösterreichs, ein Land, mit dem ihn auch persönlich viel verbinde.

Für den Landeshauptmann ist es in der derzeit sensiblen Phase der Erweiterungsdiskussion und der sensiblen Stimmung in der Bevölkerung besonders wichtig, sich intensiv mit den Anliegen und Bedürfnissen der Menschen zu diesem Thema auseinander zu setzen. "Der beste Weg, Vorurteile abzubauen, sind deshalb die Begegnung und der persönliche Dialog mit den Menschen." Ziel müssen eine tragfähige Achse zwischen Wien und Bratislava und damit auch mit Niederösterreich sein. Ganz entscheidend bei der Erweiterung sei auch, die Chancen und Risiken richtig einzuschätzen. Pröll ist davon überzeugt, dass dabei die Chancen überwiegen.

Schuster sieht in Österreich einen wichtigen Dolmetscher für den EU-Beitritt der Slowakei, von dem beide Länder zusätzlich profitieren werden. Schon jetzt sei Österreich der drittgrößte Investor in der Slowakischen Republik. Zudem ist Schuster überzeugt, dass die Arbeitslosigkeit in seinem Land weiter sinken werde und politische Stabilität auch in Zukunft gewährleistet sein wird. Damit seien auch Einwanderungsängste unbegründet. Weniger Freude hat Schuster mit Übergangsfristen, obwohl er durchaus Verständnis dafür aufbringt. Im Hinblick auf die Wahlen im kommenden Jahr in der Slowakei und auf den noch nicht feststehenden Termin eines Beitrittes - Schuster hofft auf das Jahr 2004 - sei es noch zu früh, über konkrete Übergangsfristen zu reden. Landeshauptmann Pröll hält es sehr wohl für legitim, eine 7-jährige Übergangsfrist festzuschreiben, jedoch mit der Option, diese zu verkürzen. Die Situation im jeweiligen Land müsse deshalb laufend überprüft werden.

Ein klares Bekenntnis gab es auch zur Bekämpfung des Terrors. Angesichts der Ereignisse vom 11. September müsse die europäische Erweiterung in einem neuen Licht gesehen werden, betonte Pröll. "Umso enger Europa zusammenrückt, umso mehr Chancen hat es im Kampf gegen den Terrorismus." Schuster hofft zudem auf Unterstützung durch die EU bei der Sicherung der slowakischen Außengrenzen.

25.10.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

Die Länder präsentieren ihre Kooperationsprojekte

Wien wird durch Planungsdirektor Arnold Klotz und den Leiter der EU-Förderabteilung Peter Brodesser vertreten sein. Wien-Kanal wird ein laufendes Abwasserprojekt mit Bratislava vorstellen. Die Bundesländer Niederösterreich und Burgenland werden ihrerseits die bestehenden grenzüberschreitenden Kooperationsprojekte mit der Slowakei präsentieren. Darüber hinausgehende lokale Kooperationen werden u. a. vom Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Erich Pramböck und vom Vizepräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes, Walter Zimper, dargestellt. Es ist vorgesehen, dass die Teilnehmer zum Abschluss eine Empfehlung an ihre Regierungen über den weiteren Ausbau der regionalen Zusammenarbeit verabschieden.

17.10.2001 (Rückfragehinweis: PID-Rathauskorrespondenz) (Quelle: Rathaus Korrespondenz)

EU-Projekte sollen entwickelt werden

Durch die im Juni 2001 eingerichtete "Regionale Partnerschaft" zwischen Österreich, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sollen die Grundlagen für eine umfassende Zusammenarbeit mit den benachbarten EU-Beitrittskandidaten geschaffen werden, die - etwa wie die Nordische Zusammenarbeit - auch für die künftige Zusammenarbeit dieser Länder in der EU langfristig von großem Interesse ist. Diese Konferenz ist eine Gelegenheit, diese Partnerschaft dort zu intensivieren, wo die Menschen beiderseits der Grenze unmittelbar betroffen sind, nämlich, auf regionaler Ebene. Auch die Europäische Kommission hat die große Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erkannt und nunmehr - im Rahmen des Programms INTERREG III - für die Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Slowakei 26 Mio. Euro (rund 360 Mio. ATS) zur Verfügung gestellt. Das Programm umfasst für den Zeitraum bis 2006 auf der österreichischen Seite Wien, Niederösterreich, Nordburgenland und in der Slowakei die Regionen Bratislava und Trnava. Hauptaugenmerk wird INTERREG III auf die Wirtschaftsentwicklung und den Bereich Umweltschutz legen.

Tschechien

Vom Grenzgebiet auf internationalen Ebene

Die Problematik der öffentlichen Ordnung, z. B. die Prostitution und der Standverkauf im Grenzgebiet Südböhmens, wird zum Thema eines internationalen Seminars, das Ende November in Prachatice stattfindet. Die Sprecherin des Bezirksamtes Maria Ptáčková gab an, dass an dieser Veranstaltung die Vertreter der Selbstverwaltung, der Polizei und der anderen Institutionen aus Tschechischer Republik, Deutschland und Österreich teilnehmen werden. Das Thema soll die Sicherheit im Grenzgebiet sein, vor allem in den Gemeinden mit Grenzübergängen.

Die Veranstaltung organisiert die Stadt Prachatice unter der Schirmherrschaft von dem Hauptmann Südböhmens Jan Zahradník (bürgerliche demokratische Partei – ODS). Vorläufig versprach die Teilnahme auch der zweite Ministerpräsident Pavel Rychetský (Sozialdemokratische Partei – CSSD).
12.2001 (Quelle: Lidové Noviny)

Die Tschechen bestätigen: Wir sind bereit, Temelin umzubauen

Der Minister Kavan verhandelt mit Minister Molterer über einen Austauschhandel. Wenn Österreich dem Abschluss des Energiekapitales zustimmt, baut Tschechische Republik Temelin teilweise um. Die Verhandlungen über das Abkommen, wie schon vorige Woche in österreichischen Presse vermutet, bestätigte auch der Pressesprecher des Außenministeriums Aleš Pospíšil. Bis Ende der Verhandlungen lehnte er es aber ab, den Inhalt des vorbereitenden Abkommens mitzuteilen. Nach der Vorsitzenden des Staatlichen Amtes für Kernsicherheit Dana Drábová verhandeln die Politiker über die Möglichkeit, des Umbaus des AKWs um dem wesentlichen Teil der sieben österreichischen Sicherheitsanforderungen zu entsprechen.

Österreichs Kritikpunkte sind: die Ableitung von Wasser und Dunst, qualitativ minderwertige Sicherheitsventile und die Wärmewiderstandsfähigkeit des Druckgefäßes des Reaktors. Die Österreicher reklamieren Deutsche Sicherheitsstandards.

Wer aber wird den Umbau bezahlen?

Drábová gibt zu, dass die ČEZ (Tschechische Energiewerke) einen Teil der österreichischen Anforderungen erfüllen könnte. Die österreichischen Gegner schlagen jedoch eine andere Weise deren Realisierung vor. Ihr Amt setzt für den vollen Betrieb die Umbauten voraus, sonst wollen die Österreicher den Reaktor einstellen.

Aber die Frage der finanziellen Kosten für die vorgeschlagenen Umbauten bleibt ungelöst. Die Kosten könnten bei 5-10 Mld. Kronen liegen und das könnte eine neue Diskussion anregen, ob es nicht besser ist, Temelin gleich zu stoppen.

11.2001 (Quelle: Listy Prachaticka)

Slowakei

Erste Wahl in die Höheren Gebietseinheiten (VÚC)

Am Samstag, dem 1. November, hat die erste Wahl der Organe der selbstverwaltenden Kreise stattgefunden. Die Bevölkerung hat acht Vorsitzende der VÚC und 401 Abgeordnete der Regionalvertretungen gewählt. Für den Posten des Vorsitzenden des VÚC kandidierten insgesamt 133 Kandidaten, die meisten davon in Kreis Košice (24). Laut Gesetz über die Wahlen in die VÚC gilt das Mehrheitsprinzip – Vorsitzender kann nur der Kandidat werden, welcher mehr als 50 % der Stimmen bekommt. Falls keiner der Kandidaten diesen Erfolg verzeichnen kann, wird innerhalb von zwei Wochen eine zweite Stichwahl stattfinden, an der zwei erfolgreichsten Kandidaten teilnehmen. Sieger ist der, der die Mehrheit der Stimmen bekommt. Für den Posten eines Abgeordneten der regionalen Vertretung kandidierten 4.112 Kandidaten. Bei dieser Wahl war die einfache Stimmenabgabe entscheidend.

Laut Situationsanalysen war in allen Regionen der SR eine sehr geringe Wahlbeteiligung zu verzeichnen, wobei vor allem ältere Menschen ihr Stimmrecht wahrnahmen.

Es wurde alle 401 Abgeordneten der VÚC gewählt, doch nur ein einziger Vorsitzende - Lubo Roman in Bratislava. In den restlichen Kreisen werden die Wähler über die Vorsitzenden in der zweiten Runde am 15. Dezember entscheiden. Laut Analysen ermöglichte hauptsächlich die geringe Beteiligung an

den Wahlen den Sieg der Oppositionskandidaten und vor allem der HZDS in der Mehrzahl der Wahlkreise.

Die Bekleidung der Funktion des Vorsitzenden ist unvereinbar mit der Tätigkeit als Bürgermeister, Abgeordneter der Regionalparlaments oder Angestellter des selbstverwaltenden Kreises. Er darf keine Firma vertreten, an der der Kreis finanziell beteiligt ist. Seine Aufgabe ist es, auf die Tätigkeit der Kultureinrichtungen, Pensionistenheime, der Mittelschulen, aber auch mancher Krankenhäuser und kommunalen Diensten zu achten. Dies bedarf einer engen Verbindung der Vorsitzenden mit der Region und seine Kenntnis über die regionalen Probleme. Zur Verfügung haben sie am Anfang jedoch nur einen Teil des Kompetenzpaketes, die auf die Selbstverwaltungen abgegeben wurden. Über alle Rechte wird die Selbstverwaltung erst ab April 2004 verfügen. Falls es zu einer politischen Einigung kommt, sollten bis zu diesem Zeitpunkt auch die Kreisämter ihre Tätigkeit einstellen.

Nach den Wahlen in die selbstverwaltende Kreise fängt am 1. Januar 2002 die zweite Stufe der Selbstverwaltung an. Die neue Regionalverteilung der SR sollte eine bessere Ausnutzung der Vorteile einer Region mit sich bringen, sowie ihre bessere wirtschaftliche Entwicklung. Es bietet sich aber auch die Chance zur Bildung besserer Bedingungen für die Umwelt, Fremdenverkehr und grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

(Quellen: www.hnx.sk, 03.12.2001, 05.12.2001, www.praga.sk, 25.10.2001, 03.21.2001, 06.12.2001, www.sme.sk, 01.12.2001, 03.12.2001)

Ungarn

Ungarisch hat Vorrang

Das Parlament hat das vieldebattierte Gesetz über den Gebrauch der ungarischen Sprache angenommen. Dies wurde für nötig gefunden, nachdem - vor allem nach der Wende - das Wirtschaftsleben mit (meist englischen) Fremdwörtern in einem Ausmaß überflutet wurde, dass nicht wenige Ungarn die Aufschriften an Geschäften nicht mehr verstehen können. Das Gesetz legt verbindlich fest, dass die entsprechenden Informationen, Reklame in den Medien, sowie die Namen der Geschäfte und deren Beschriftungen auch auf ungarisch abgefasst sein müssen. Das Gesetz bezieht sich nicht auf Fremdwörter, die bereits in die Landessprache Eingang gefunden haben, ebensowenig auf den Sprachgebrauch der ethnischen Minderheiten. Die Änderungen sollen bis Ende 2002 durchgeführt werden.

04.12.2001 (Quelle: www.pestertloyd.de)

Erweiterung: Ungarn gegen Verschiebung

Eine Verschiebung der EU-Erweiterung hätte "katastrophale Folgen" in Ungarn, warnte Vizestaatssekretär Janos Rapcsak bei seinem Aufenthalt in Wien. Der Ausgang des Referendums über den Beitritt Ungarns zur EU wäre dann "nicht mehr kalkulierbar". Derzeit würden 65 Prozent der Ungarn einen EU-Beitritt befürworten. "Wir brauchen die Erweiterung, aber auch die EU braucht sie, wenn sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten will", so der stv. Staatssekretär im Amt des ungarischen Premierministers.

21.11.2001 (Quelle: www.wienerzeitung.at)

Versammlung der Regionen Europas tagt in Sopron

Unter Vorsitz von Präsidentin Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop tagt morgen und übermorgen die Hauptversammlung der Versammlung der Regionen Europas in Sopron und damit erstmals in einem Kandidatenland für den Beitritt zur Europäischen Union. Neben den geschäftsordnungsmäßigen Agenden wird am Freitag ein Runder Tisch zum Thema Erweiterung stattfinden. Am Podium nehmen prominente Vertreter der Regionen und Länder teil, wie unter anderem der ungarische Staatssekretär für Integration, Peter Gottfried, der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl und der Präsident des Regionalrates des Elsaß, Adrien Zeller. Ein weiterer Höhepunkt der Veranstaltung am Freitag wird die Verleihung des Preises "Jugendfreundlichste Region Europas" sein. Als Ergebnis eines Wettbewerbes, zu dem alle europäischen Regionen eingeladen wurden, wird die norwegische Region Nordland ausgezeichnet. Anerkennungspreise ergingen an die rumänische Region Timis und an den Freistaat Thüringen. "Jugendarbeit und Demokratieerziehung gehören zu den Arbeitsschwerpunkten der VRE. Die regelmäßige Verleihung des Preises soll auch zum Erfahrungsaustausch der Regionen auf diesem Gebiet anregen", stellt Prokop dazu fest.

Die 1985 gegründete VRE ist das politische Forum von an die 300 Mitgliedsregionen aus 26 europäischen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Sie setzt sich für eine starke Rolle der Regionen in der Entwicklung von Demokratie, Solidarität und interregionaler Zusammenarbeit ein. Auf europäischer Ebene strebt sie eine Institutionalisierung der Regionen in der europäischen Politik an.

28.11.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

LANDWIRTSCHAFT

Österreich

Fitness-Programm für ländlichen Raum und Landwirtschaft

Um die schwächer strukturierten Regionen im Wald- und Weinviertel für die EU-Erweiterung zu rüsten, wurde für 2001 ein zusätzliches "Fitnessprogramm für den ländlichen Raum" geschnürt, das ein Investitionsvolumen in der Größenordnung von 437 Millionen Schilling (31.758.028 Euro) ermöglicht. "Schwerpunkte dabei sind wasserbauliche Maßnahmen zur Sicherung des Wasserhaushaltes, Vermarktungsinitiativen landwirtschaftlicher Produkte und Dienstleistungen (z.B. Urlaub am Bauernhof) sowie die verstärkte Nutzung nachwachsender Rohstoffe", fasste heute Landesrat Dipl.Ing. Josef Plank in einem Pressegespräch diese Initiativen zusammen. Insgesamt werden dafür rund 223 Millionen Schilling (16.206.042 Euro) an Förderungen zur Verfügung gestellt; der Landesanteil liegt bei rund 95 Millionen Schilling (6.903.919 Euro). Große Chancen für den ländlichen Raum und die heimische Landwirtschaft sieht Plank in der Forcierung der umweltgerechten Landwirtschaft, der Weiterentwicklung der biologischen Landwirtschaft, ohne jedoch die konventionelle Landwirtschaft in irgend einer Form benachteiligen zu wollen, sowie in der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Dazu werde auch die ländliche Verkehrserschließung forciert und dafür sowohl im Wald- als auch im Weinviertel je 100 Millionen Schilling (7.267.283 Euro) investiert. Zusätzlich sorgen u. a. Fernwärmeprojekte in Wolkersdorf, Groß Schweinbarth, Hausleiten, Langau, Weitersfeld, Groß Gerungs, Rosenau und Vitis für Investitionen von fast 126 Millionen Schilling (9.156.777 Euro). Dazu kommen noch Millioneninvestitionen in die Landschaftsgestaltung und Landschaftsentwicklung sowie in den landwirtschaftlichen Wasserbau. Plank ist sich sehr wohl im Klaren, dass im Zuge der EU-Erweiterung vieles "über die Betrachtung des Landes hinausgeht". "Unsere Aufgabe ist es jedoch", so Plank, "im Rahmen unserer Möglichkeiten, und da vor allem mit Hilfe des Fitness-Programms, zur Stärkung der regionalen Strukturen und der Erhaltung der bäuerlichen Strukturen beizutragen." Der Agrar-Landesrat kündigte auch eine "BSE-Hilfe" für die Rinderbauern an, die heuer massive Einbußen hinnehmen mussten. "Als kleine Hilfe" sollen für sie 45 Millionen Schilling (3.270.277 Euro) aufgebracht und Ende dieses Jahres bzw. Anfang des kommenden Jahres ausbezahlt werden. 07.11.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

Tschechien

Die Österreicher zum ersten Mal in Prag

Zu einem kurzen Besuch kamen im September 4 Vertreter der Organisation der landwirtschaftlichen und ländlichen Jugend nach Prag. Gemeinsam mit dieser Organisation arbeitet die SMA (Společnost mladých agrárníků - die Gesellschaft der jungen Landwirte) an dem geplanten Projekt „Austauschaufenthalte für die Studenten der Landwirtschaftlichen Hochschulen auf österreichischen Bauernhöfen“ für das nächste Jahr. Auf dem Programm standen ausser der Besichtigung Prags auch Besprechungen über das ganze Projekt. 05.11.2001 (Quelle: Zemědělec)

Slowakei

Die Bauernhöfe werden gezählt

Am 1. November startete in der Slowakei die strukturelle Zählung der Bauernhöfe. Bis Ende Dezember werden die Zählkommissare des Statistischen Amtes des SR Angaben über fast 25.000 registrierte landwirtschaftliche Objekte und über etwa 811.000 überwiegend ländliche Haushalte sammeln. Die Zählung erfolgt nach der Methodik der EU. Deswegen wird zum ersten Mal ermöglicht, die Struktur und die Leistung des Agrarsektors der SR mit dem Agrarsektor der EU relevant zu vergleichen. Gleichzeitig kann auch die tatsächliche Produktion und der tatsächliche Verbrauch der landwirtschaftlichen Gebiete in SR ermittelt werden. Anhand der ermittelten Ergebnisse wird die EU Quoten für die Mittel aus den Strukturfonds der EU für die SR festlegen.

Mindestens eines der Kriterien erfüllt laut Schätzungen ein großer Prozentsatz der Haushalte, bis jetzt wurden diese aber nicht in die Statistik einbezogen. Diese Haushalte, deren sekundäre Wirtschaftsaktivität Landwirtschaft darstellt, treten zwar mit ihrer Produktion selten auf den Markt, doch beeinflussen trotzdem den Gesamtverbrauch, und dadurch auch die notwendige Produktion bzw. Import mancher landwirtschaftlicher Produkte einiger Gebiete. Derjenige, der in der Zählung als Bauer identifiziert wird, wird später die Dotation der EU beantragen können. Die Zählung ist keine einmalige Angelegenheit, sondern wird sich alle fünf Jahre wiederholen.

Laut EU zählt als Bauernhof jeder Haushalt, der mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllt:

- es werden mehr als 0,5 ha landwirtschaftlicher Fläche bewirtschaftet
- 1 500 m² Intensivfrüchte (Obstgärten, Gemüse)
- 500 m² Weinberge oder 300 Weinbäume im zusammenhängenden Anbau
- es wird ein Stück Rind gezüchtet
- 2 Schweine
- 4 Schafe oder Ziegen
- 50 Stück Geflügel
- 100 Pelztiere
- 100 Kaninchen
- 5 Bienenstöcke

Die Einwohner der Haushalte und kleiner Bauernhöfe füllen Fragebögen für den Zeitraum vom 1. November 2000 bis 31. Oktober 2001 aus. Die Daten zu den Tieren, Gebäuden, Maschinen und Anlagen werden zum 31. Oktober 2001 ermittelt. Die Daten zu der Arbeitsstundenzahl und Bodennutzung betreffen den gesamten Zeitraum. Die Zählung wird in allen Gemeinden der SR und in ausgesuchten städtischen Bereichen durchgeführt.

(Quellen: www.hnx.sk, 05.11.2001, www.praca.sk, 24. 10.2001, 16.11.2001, www.sme.sk, 02.11.2001)

Ungarn

Die Agrarbeihilfen werden 2002 wieder etwa 190 Mrd. Ft erreichen.

Damit gibt es keine Aufstockung des Budgets im Vergleich zu diesem Jahr, jedoch eine Umschichtung der Mittel. So werden mehr Investitionsgelder (65 Mrd. Ft) und Marktbeihilfen (41 Mrd. Ft) bereitgestellt, sagt Agrarminister András Vonza vor dem Landwirtschaftsausschuss des Parlaments. Als neue Komponente werden 2,2 Mrd. Ft für den Agrarumweltschutz aufgewandt.
27.11.2001 (Quelle: www.pesterlloyd.de)

Weinernte beläuft sich in diesem Herbst auf 810.000 Tonnen.

Im Vorjahr waren es lediglich 680.000 t. Der Vorrat an eingelagertem Wein stieg im Jahresvergleich von 1,7 auf 2,4 Mio. Hektoliter. Im Inland werden pro Jahr etwa 3,5 Mio. hl verkonsumiert, im Export sollen 1 Mio. hl abgesetzt werden. Der Staat gewährt den Weinbauern Beihilfen von 4,5 Mrd. Ft, darunter allein 2,5 Mrd. Ft für die Weinregion Tokaj.

13.11.2001 (Quelle: www.pesterlloyd.de)

Zuckerbranche erwartet gutes Jahr

In Ungarn werden in diesem Jahr auf einer Fläche von 68.000 bis 69.000 Hektar Zuckerrüben eingefahren. Die Fläche ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent angestiegen. Zur Verarbeitung gelangen 3 Mio. t Zuckerrüben und damit eine Mio. Tonnen mehr als im Jahr 2000.

05.11.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

HUMANRESSOURCEN

Österreich

EU-Erweiterung: Der unbekannte Nachbar Tschechien

Auch noch mehr als 12 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges ist das Nachbarland Tschechien für viele ein großer Unbekannter. Das gilt umso mehr für den administrativen Aufbau und die politische Landschaft. Beide haben in den vergangenen Jahren relativ bedeutende Änderungen erfahren - die Tschechische Republik wurde in mehrere Kreise eingeteilt, neue politische Parteien haben sich gebildet.

Bei einem von der Waldviertel Akademie im Rahmen der Reihe "Erweiterung der EU: Der unbekannte Nachbar Tschechien" zum Thema Politik abgehaltenen Kulturstammtisch am Freitag, 30. November, ab 20 Uhr in der Kulturparkhalle in Horn soll nicht nur über beide Entwicklungen informiert, sondern auch aufgezeigt werden, wie diese die tschechisch-österreichischen Beziehungen in Zukunft beeinflussen können.

Die Veranstaltung richtet sich an alle, die am Nachbarland Tschechien auch abseits der aktuellen Reizthemen interessiert sind. Referate sind u.a. von Dr. Erhard Busek, Regierungsbeauftragter für die EU-Erweiterung, und Dr. Josef Pavel, Kreishauptmann des Kreises Karlsbad/Karlovy Vary, vorgesehen.

30.11.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

Ettl warnt vor "brain-drain" in den Erweiterungsstaaten

"Damit es nicht im Rahmen der EU-Erweiterung zu Pendlerproblemen auf den Arbeitsmärkten der Grenzregionen der EU kommt, sind von der EU Übergangsregelungen in punkto Freizügigkeit eingeführt worden. Jedoch ein anderes Problem könnte sein, dass nach dem Beitritt der neuen Bewerberländer deren gut ausgebildete Facharbeiter und Ingenieure in die westeuropäischen EU-Länder übersiedeln aufgrund von besseren Verdienstmöglichkeiten", erklärte der SPÖ-Europaabgeordnete Harald Ettl Donnerstag bei einem von der SPE-Fraktion organisierten Seminar über Beschäftigung und Erweiterung. "Der sogenannte 'brain-drain' in den Beitrittsländern würde dem Westen preisgünstige Spezialisten zuführen. Die Erweiterungsstaaten aber würden ihre besten Arbeitskräfte verlieren. Dies könnte hauptsächlich auf Ungarn zutreffen."

"Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer der Erweiterung?", fragte Ettl. Zu den Gewinnern zählen Deutschland, Österreich und Italien, während die Verlierer in den Kohäsionsländern Griechenland, Spanien, Portugal und Irland zu finden seien. Aber auch Dänemark sei von der Erweiterung betroffen, da die Erweiterung "in erster Linie durch Umschichtungen im Bereich der von der EU vergebenen Agrar- und Strukturmittel" finanziert werden solle, so Ettl.

"Selbstverständlich" seien aber auch die Erweiterungsstaaten selbst Gewinner der Erweiterung - "vorausgesetzt, die Rahmenbedingungen stimmen". Besonders hohe Steigerungen des BIP seien in Ungarn, Polen, aber auch der Tschechischen Republik zu erwarten, betonte der SPÖ-Europaabgeordnete.

"Leider ist noch nicht aller Tage Abend", warnte Ettl. "Ob die Finanzierung ohne eine Aufstockung der Eigenmittel - von derzeit 1,06 Prozent des BIP auf 1,27 Prozent - ausreichen wird, ist eine offene Frage."

Probleme sieht Ettl noch bei Firmengründungen in den Erweiterungsländern: "Es gibt zu wenig Risikokapital für Firmengründungen. Nach den Veränderungen auf den Finanzmärkten während der letzten Monate ist das Bereitstellen von Risikokapital noch schwieriger geworden - und schafft auch der EU große Probleme", schloss Ettl.

09.11.2001 (Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ) (Quelle: www.spoee.at)

Warschauer PraktikantInnen zu Besuch bei der Wiener Stadtverwaltung

Auf Initiative der Magistratsdirektion, Referat Europäische Integration und Wissensmanagement (MD-EIW) absolvierten kürzlich sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Warschau ein einwöchiges Praktikum bei der Stadtverwaltung Wien. Die polnischen KollegInnen, die in Warschau in den Bereichen Organisation, Kultur, Soziales, Finanzen und Umwelt tätig sind, erhielten in Wien die

Gelegenheit zu Informationsgesprächen und zum Erfahrungsaustausch mit den zuständigen Dienststellen. Ein Stadtrundgang durch die Innenstadt sowie ein Besuch des Museumsquartiers rundeten das Programm ab.

Das Praktikum erfolgte auf Einladung der Stadt Wien in Anschluss an ein von der MD-EIW abgehaltenes EU-Informationseminar im November 2000 in Wien. Von der MD-EIW werden regelmäßig Seminare für osteuropäische Städte zum Thema "Europäische Integration" sowie Praktikumsaufenthalte in Wien angeboten. Im Wien-Büro in Brüssel werden ebenfalls PraktikantInnen aus diesen Städten betreut. Wie der Leiter des MD-EIW, OSR Dr. Wendelin Wanka betont, kommt Wien aufgrund seiner geopolitischen Lage an den Außengrenzen der EU, und aufgrund seiner Erfahrungen als Hauptstadt eines jungen EU-Mitgliedslandes besondere Bedeutung bei der Beratung der Beitrittskandidatenländern zu.

"Alle diese Initiativen sind Ausdruck einer bereits bestehenden guten Städtezusammenarbeit zwischen Wien und den Städten der Beitrittskandidatenländer und tragen wesentlich zum Prozess der Europäischen Integration bei," sagte Wanka.

23.10. 2001 (Rückfragehinweis: PID-Rathauskorrespondenz) (Quelle: Rathaus Korrespondenz)

Tschechien

Die Österreicher sind nicht gegen freie Bewegung der Arbeiter

Die österreichische Wirtschaftskammer hält die tschechische Konkurrenz nicht für eine so große Bedrohung, die Wirtschaftskammer wird aber dennoch die Einführung der Übergangsfristen für die freie Bewegung der Arbeitskräfte nach dem EU-Beitritt Tschechiens unterstützen. Gestern sagte Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer, nach den Verhandlungen mit den tschechischen Politikern in Prag: "Die österreichischen Bürger haben trotzdem Angst, dass die tschechischen Arbeiter kommen. Auf diese Angst müssen die Politiker reagieren", bemerkte er noch dazu.

Die Frage der Fristen kann nach Leitl durch das Abschließen der regionalen Abkommen im Grenzgebiet gelöst werden. Er sagte, dass die ökonomischen Beziehungen der beiden Länder und die Zusammenarbeit von beiden Kammern so gut sind, dass das Problem der Fristen für beide Seiten günstig gelöst wird.

05.12.2001 (Quelle: Hospodářské noviny)

Die Tschechen haben eine ähnliche Mentalität wie die Österreicher

Nach dem Generaldirektor der österreichischen Bausparkasse Raiffeisen Kurt Matouschek sind Tschechen so wie die Österreicher, ähnlich sparsam. Der einzige Unterschied zwischen den beiden Nationen ist ihre ökonomische Situation. So ist für die Tschechen beim Einkaufen der Preis entscheidend, für die Österreicher ist dagegen die Qualität wichtiger. Kurt Matouschek fühlt sich in Tschechien wie zu Hause. Kein Wunder, seine Eltern sind Tschechen.

03.12.2001 (Quelle: Lidové noviny)

Slowakei

Statistikamt veröffentlicht erste Ergebnisse der diesjährigen Volkszählung

Das Statistikamt der Slowakischen Republik hat die ersten Ergebnisse der im Mai durchgeführten Volkszählung veröffentlicht. Auf dem Gebiet der Slowakei leben gegenwärtig 5 379 455 Einwohner, davon sind 51 % Frauen. Zur slowakischen Nationalität bekennen sich 4 615 000 Menschen, zur ungarischen 521 000 und zu der Roma-Nationalität 90 000. Dann folgt die tschechische Nationalität mit 45 000, die rutenische mit 24 000 und die ukrainische mit 11 000. In der Slowakei leben 4 522 000 Gläubige. Die stärkste Kirche ist die römisch-katholische mit 3 708 000 Mitgliedern, dann die evangelische mit 373 000 und griechisch-katholische mit 220 000 Gläubigen. Zum Atheismus bekannten sich 697 000 Einwohner.

30.11.2001 (Quelle: www.slovakradio.sk)

EU-FÖRDERPROGRAMME

Österreich

"30 Prozent INTERREG-, 16 Prozent Ziel 2-Mittel bereits abgerufen"

Unter dem Motto "Kein Schilling bleibt in Brüssel - Niederösterreich lukriert die höchsten Förderungen" präsentierte heute Finanz-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka in St. Pölten den Stand der EU-Förderungen in Niederösterreich, rund zehn Monate nach Beginn der neuen Programmplanungsperiode. Niederösterreich habe sich gleich zu Beginn der neuen Phase sehr aktiv um INTERREG- und Ziel 2-Mittel bemüht und nutze die qualitativ gut aufbereiteten Projekte für eine Strukturverbesserung im Sinne einer Erweiterung ohne Komplikationen. Niederösterreich habe nicht nur Überschriften formuliert, sondern bereits Inhalte umgesetzt.

Im Bereich INTERREG gibt es drei neue grenzüberschreitende Programme mit Tschechien, der Slowakei und Ungarn, für die 183 Millionen Euro zur Verfügung stehen, gegenüber dem Zeitraum 1995 bis 1999 bedeute das eine Vervierfachung des Betrages. Mit Stichtag 30. Juni seien bereits 44 Projekte initiiert worden, elf mit der Slowakei, 27 mit Tschechien und sechs mit Ungarn. Das heißt, dass in bezug auf die Slowakei 31 Prozent, in bezug auf Tschechien 44 Prozent und in bezug auf Ungarn 15,6 Prozent der INTERREG-Mittel bereits angesprochen worden sind.

An konkreten Projekten nannte Sobotka das Schul- und Bildungszentrum Zistersdorf für alternative Technologien mit einem Kostenvolumen von 1,5 Millionen Euro, das Besucherzentrum Nationalpark Thayatal mit einem Kostenvolumen von 2,8 Millionen Euro und die Mountainbikeregion NÖ Süd Alpin. Die Ziel 2-Regionalförderung, so Sobotka weiter, kann weiterhin in zwei Drittel von Niederösterreich und damit von 376 Gemeinden in Anspruch genommen werden. Von 1995 bis 1999 wurden in diesem Bereich 2.300 Projekte abgewickelt, für die neue Periode stehen 177 Millionen Euro zur Verfügung. 30 Millionen davon bzw. 54 Millionen Euro gemeinsam mit Bundes-Förderungen wurden bereits in Anspruch genommen und damit ein Investitionsvolumen von 165 Millionen Euro ausgelöst.

Hier nannte Sobotka als Beispiele den Ausbau der RIZ in Krems und Hollabrunn, das Tagungshotel in Gars/Kamp, die Messe Wieselburg oder die Therme der Sinne in Laa an der Thaya. Insgesamt habe man damit, so Sobotka abschließend, nach einem halben Jahr bereits 30 Prozent der INTERREG- und 16 Prozent der Ziel 2-Mittel abgerufen, um die Grenzregionen zu stärken und strukturelle Möglichkeiten für regionale Entwicklungen zu schaffen.

09.11.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

Sitzung der NÖ Landesregierung

Die NÖ Landesregierung genehmigte für die Förderung des Projektes "EUREGIO Forum Niederösterreich" im Rahmen des Programms INTERREG IIIA Österreich - Slowakei einen Landesbeitrag von 2.401.326,47 Schilling (174.511 Euro).

Das durch die EU im Rahmen von INTERREG IIIA/PHARE CBC, ein Programm zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, geförderte Projekt "Zukunftsfähige Regionalentwicklung - Bildung für Nachhaltigkeit" wird seitens des Bundeslandes Niederösterreich im Projektzeitraum 2001 bis 2003 mit einem Betrag in der Höhe von 1.467.500 Schilling (106.647 Euro) unterstützt.

17.10.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

Slowakei

Die Förderungen aus den Fonds der EU können nicht genutzt werden

Nicht immer werden die Mittel aus der Vorbeitrittshilfe der Europäischen Kommission aus dem Fond Phare genutzt, obwohl ihr Umfang jährlich angehoben wird. In den Jahren 1997-1999 wurden für die Slowakei 75 Projekte mit einem Gesamtbudget von 225 Mio. Euro bewilligt, für das Jahr 2000 waren es insgesamt 78,8 Mio. Euro. In den Jahren 1997 und 98 wurden nur 89 % der Mittel genutzt. Bis zum Ende dieses Jahres sollte die Slowakei aus dem Fond Phare fast 70 Mio. Euro bekommen, doch bis zum 15. Oktober 2001 waren erst 53 % genutzt, bis zum heutigen Tag sind es dank eines Krisenmanagements bereits 65 %. Wenn die Mittel bis Mitte Dezember nicht ausgeschöpft werden, wird die Slowakei den Anspruch auf sie zum großen Teil verlieren.

Für die Verzögerung sind vor allem die einzelnen Zentren verantwortlich, die sich mit der Programmierung der Phare - Projekte befassen. Eine Umfrage des Regierungsamtes hat gezeigt,

dass ihre Mitarbeiter schlecht geschult, unmotiviert und langsam sind. Qualifizierte Mitarbeiter verlassen die staatliche Verwaltung wegen schlechter Bezahlung und wechseln in die Privatswirtschaft. Die einzelnen Ressorts haben außerdem keine genau definierten Zuständigkeiten. Die slowakischen Projekte sind qualitativ auf einem niedrigen Niveau, sie erfüllen keine Bedingungen der Europäischen Kommission oder die slowakische Seite ist nicht in der Lage, die Projekte zu Ende zu führen. Sehr zufriedenstellend sind nur 3 % der eingereichten Projekte. Zufriedenstellend waren in der Vergangenheit 47 % der Projekte, nicht zufriedenstellend 44 % und sehr mangelhaft 6 % der Projekte.

Im Hinblick auf die regionale Verteilung bekamen die meisten Förderungen der EU die Kreise Bratislava (23 %) und Nitra (14,6 %). Kreise Prešov (11,4) und Košice (9,9) bilden die letzten zwei Stufen. Die Mittel der EU sollten jedoch mehr in die zurückgebliebenen Regionen zielen, mit dem Schwerpunkt Regionalentwicklung, Klein- und Mittelunternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

07.11.2001 (Quelle: www.praca.sk, www.sme.sk)

Verteilung der Mittel aus dem Fond Phare

Umwelt und Infrastruktur 23 %

Entwicklung der Unternehmen 21 %

Regionalentwicklung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit 10 %

Landwirtschaft 10%

Soziale Angelegenheiten 9 %

Schulwesen, Humanressourcen 8 %

07.11.2001 (Quelle: www.sme.sk)

Agentur SAPARD bereits im nächsten Jahr

Im September wurde das Audit der Agentur SAPARD (AG) durch die Firma Deloitte & Touche beendet, welches dann am 9. Oktober dem Nationalfond beim Finanzministerium zugeschiedt wurde. Die Ergebnisse sollten in den nächsten Tagen zur weiteren Beurteilung nach Brüssel geschickt werden. Der Akkreditierungsprozess der EU wird wahrscheinlich im Februar oder März 2002 beendet, also ungefähr zu der gleichen Zeit wie bei Polen und Tschechien. Die ersten Auszahlungen könnten slowakischen Landwirte bereits vor dem Ende des ersten Halbjahres nächsten Jahres bekommen. Damit der Akkreditierungs- und Vorbereitungsprozess der Agentur beschleunigt werden konnte, wurde in erster Linie die Fähigkeit der AG die Projekte zunächst aus fünf der gesamt neun Kompetenzbereichen zu beurteilen, bewilligen und zu kontrollieren aufgebaut und beurteilt. Die restlichen vier Bereiche werden in der zweiten Hälfte nächstes Jahres aufgebaut und akkreditiert. Im Rahmen des Programms SAPARD sind für die SR 18,289 Mio. € zugeteilt, welche sich jetzt akkumulieren, da die EU das Programm noch nicht gestartet hat. Nach der Akkreditierung der slowakischen AG wird so auf dem slowakischen Nationalkonto eine Summe der letzten (fast) 4 Jahre stehen. Die SR wird diesen Betrag bis spätestens Ende 2003 ausgeschöpft haben müssen. Die Nutzung dieser Mittel könnte jedoch problematisch sein, da die Bereitstellung der Mittel mit sehr strengen Kriterien verbunden ist. Außerdem bekommen die Antragsteller diese Mittel erst nach der Durchführung des Projektes, so dass sie in der ersten Phase auf Bankkredite angewiesen sind. Die Erfahrungen aus den bis jetzt abgehaltenen Schulungsprogrammen für die Vorbereitung der Projekte für das Programm SAPARD sprechen von einem sehr geringem Prozentsatz der Erfolge bei slowakischen Subjekten in diesem Bereich.

02.11.2001 (Quelle: www.hnx.sk)

Ungarn

Budapester Konferenz zum EU-Strukturhilfefonds

Vergangene Woche tagte in Budapest eine Konferenz zum Thema EU-Strukturhilfefonds. "Nach dem EU-Beitritt wird Ungarn zehnmal mehr Förderungen von der Union bewilligt bekommen", sagte Thomas Wiley, Programm-Manager der EU-Delegation in Ungarn. Die internationale Konferenz schloss einen Veranstaltungsreigen über die EU-Strukturhilfefonds ab.

19.11.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

VERKEHR

Österreich

Lückenschluss von der Ostsee bis zur Adria

Die Elektrifizierung der Strecke Summerau - Staatsgrenze ist ein wichtiger Meilenstein in der österreichischen Schieneninfrastruktur. Künftig können auf der 1.577 km langen Strecke von der Ostsee bis zur Adria Personen und Güter über Prag und Linz durchgehend - umweltfreundlich und effizient - mit elektrischer Energie befördert werden.

07.12.2001 (Rückfragehinweis: ÖBB Kommunikation OÖ) (Quelle: OTS Presseausendung)

Ungarn

Grenzübergangsstelle bei Zsira/Lutzmannsburg

Bei der Ortschaft Zsira und dem burgenländischen Lutzmannsburg (Locsmánd) wurde am Wochenende die neueste Grenzübergangsstelle zu Österreich eröffnet. Sie kann nur von Personen passiert werden, die für keines der beiden Nachbarländer ein Visum benötigen. Die Grenzstation ist von Ende November bis Ende April täglich von 8 bis 16 Uhr, im übrigen Jahr von 8 bis 20 Uhr geöffnet. Die Anwohner der Gegend erhoffen einen weiteren Aufschwung des Thermaltourismus. Lutzmannsburg ist ebenso bekannt für sein Thermalbad wie das nur 15 km entfernte ungarische Bükfürdő.

04.12.2001 (Quelle: www.pestierloyd.de)

Ab 2004 auf der Autobahn vom Balaton zur Adria

Am 16. Januar wird Ungarn ein neues Konsulat in Osijek eröffnen - exakt zehn Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Zagreb und Budapest. Das wurde im Rahmen des Besuchs des kroatischen Außenministers Tonino Piculka am Mittwoch in Budapest bekannt, der sich mit Außenminister János Martonyi getroffen hatte. Das Nachbarland werde ein immer wichtigerer Wirtschaftspartner, hieß es. In den ersten neun Monaten des Jahres wuchs das Handelsvolumen um 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zwischen Rijeka und der kroatisch-ungarischen Grenze soll bis 2004 eine Autobahn gebaut werden, so Piculka. "Ich würde es mir wünschen, wenn denn auf der ungarischen Seite der Bau bis zum Plattensee vollendet wäre."

26.11.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Übergangsfristen für Ost-Transporteure

Die EU-Kommission hat eine Übergangsfrist vorgeschlagen, damit Transportunternehmen in der EU nicht gleich nach der Erweiterung die volle Konkurrenz aus Osteuropa zu spüren bekommen. Spediteure aus Estland, Litauen, Tschechien und der Slowakei sollen demnach vier Jahre lang, Unternehmen aus Ungarn, Polen und Lettland fünf Jahre lang keine Fracht für den Transport innerhalb eines anderen EU-Landes aufnehmen dürfen. Ungarische Spediteure dürfen weiterhin ihre Waren etwa nach Deutschland liefern, dort dann aber keine Fracht aufnehmen, um sie innerhalb von Deutschland zu transportieren.

19.11.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Per Eisenbahn von Budapest nach Helsinki

Finnland will sich der Eisenbahnachse Budapest-Bratislava-Warschau anschließen und die internationale Linie nach Helsinki verlängern, sagte der finnische Transportminister Olli-Pekka Heinonen in Budapest. Der Besucher hatte sich zuvor mit seinem ungarischen Amtskollegen János Fónagy getroffen. Heinonen betonte, dass sein Land großes Interesse daran habe, dass Ungarn das Kapitel Transport in den EU-Beitrittsverhandlungen noch vor dem Jahresende abschließe. Laut Fónagy untersucht ein Expertenteam bereits die Möglichkeiten, Ungarn an das internationale Hochgeschwindigkeits-Schienennetz anzuschließen.

12.11.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Bombardier erhält Bahn-Auftrag in Ungarn

Das Verkehrstechnik-Unternehmen Bombardier Transportation hat aus Ungarn einen Bahn-Auftrag im Wert von rund 40 Millionen Euro erhalten. Der Auftrag beziehe sich auf die Modernisierung von 136 Nahverkehrs-Reisezugwagen der Ungarischen Staatseisenbahn (MAV), teilte Bombardier Transportation am Montag in Berlin mit. Ausgeliefert werden sollen die modernisierten Wagen zwischen Juli 2002 und Juli 2003. Die Modernisierungsarbeiten sollen am Bombardier-Standort im ungarischen Dunakeszi vorgenommen werden. Der kanadische Mischkonzern Bombardier sieht sich nach eigenen Angaben als weltweiten Marktführer im Schienenverkehr, wie auch im Bau von Regionalflugzeugen und Freizeitfahrzeugen. Quelle: 30.10.2001 (Quelle: www.yahoo.de)

Neue Bahnverbindung nach Warschau: Visegrád-Express

Am Freitag wird Verkehrsminister János Fónagy auf dem Wochenendtreffen der Verkehrsminister Tschechiens, der Slowakei und Polens den Start einer neuen Bahn auf der Achse Budapest–Bratislava–Brno–Warschau vorschlagen. Dies berichtet die Tageszeitung Magyar Nemzet. Der "Visegráder" Personenzug soll bezüglich Service und Fahrdauer die EU-Normen vollständig erfüllen. Schwerpunkt des Treffens in Visegrád liegt neben der Reformierung des Bahnverkehrs und der Entwicklung der kombinierten Logistik auf der Weiterführung der im Sommer begonnenen Gespräche über die gemeinsame Entwicklung der Infrastruktur. 18.10.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

UMWELT

Österreich

"Landwirtschaft und Klimaschutz in Österreich und Tschechien"

Weil Treibhausgase nicht an Grenzen Halt machen und daher im Klimaschutz grenzüberschreitende Kooperationen erforderlich sind, veranstaltet "die umweltberatung" Niederösterreich zusammen mit Klimabündnis Österreich, Österreich Plattform, Distelverein, ERNTE für das Leben Niederösterreich & Wien und der Stadtgemeinde Poysdorf am Freitag, 30. November, von 9 bis 17 Uhr im Reichensteinhof in Poysdorf das Seminar "Landwirtschaft und Klimaschutz in Österreich und Tschechien".

Eingeladen sind GemeindevertreterInnen wie BürgermeisterInnen und UmweltgemeinderätInnen, Landwirte, VertreterInnen von landwirtschaftlichen Initiativen und Klimabündnisgemeinden sowie die interessierte Bevölkerung. Ziel des Seminars ist es, die Chancen und Auswirkungen der EU-Osterweiterung aufzuzeigen, konkrete erfolgreiche Projekte im Bereich Landwirtschaft vorzustellen und einen Anstoß für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu liefern.

"Mit der Präsentation von grenzüberschreitenden Pilotprojekten im Biolandbau und von erfolgreichen Projekten im Großküchenbereich bietet dieses Seminar den TeilnehmerInnen viel praktisches Wissen", erklärt dazu Umwelt-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka, der die Initiative unterstützt. Namhafte ReferentInnen aus Österreich und Tschechien setzten sich mit Themen wie "Erfolgreicher Klimaschutz im Bereich der Landwirtschaft" oder "Biologische Lebensmittel in der Gemeinschaftsverpflegung" auseinander bzw. berichten zu konkreten Projekten wie der Biolandbau-Sommerakademie in Lednice. Am Abend steht unter dem Motto "Biolandbau in der Praxis" eine Hofbesichtigung mit Biowein-Verkostung und Biobuffet auf dem Programm.

29.11.2001 (Rückfragehinweis: weinviertel@umweltberatung.at) (Quelle: OTS Presseausendung)

Gemeinsames Umweltprojekt NÖ - Slowakei gestartet

Heute vor genau einem Monat hat die NÖ Landesregierung beschlossen, das durch die EU im Rahmen von INTERREG IIIA/PHARE CBC geförderte Projekt "Zukunftsfähige Regionalentwicklung - Bildung für Nachhaltigkeit" zu unterstützen. Am 13. und 14. November fand nun in St.Pölten das erste Arbeitstreffen dieses INTERREG-Projektes statt, das eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich des Klima- und Umweltschutzes sowie der Entwicklungspolitik zwischen Niederösterreich und der Slowakei zum Inhalt hat.

Ziel dieses Treffens war die Formulierung konkreter kurz- und langfristiger Ziele, die dies- und jenseits der Grenze "gemeinsam für den Umweltschutz", wie es auch Umwelt - Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka formuliert hat, erreicht werden sollen. Das vom Verein Südwind Entwicklungspolitik NÖ Süd in Zusammenarbeit mit dem Amt der NÖ Landesregierung (Abteilung Umweltrecht und Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung) getragene Projekt behandelt drei Ebenen:

- Eine auf Erfahrungsaustausch im Umwelt- und Klimaschutz ausgerichtete Gemeindekooperation, wobei die spezifischen Bedürfnisse der unterschiedlichen Regionen beachtet werden müssen.
- Eine Kooperation auf Schulebene zur Bearbeitung einschlägiger Themen wie Klimabündnis, Regenwald u.a. sowie die Kopie der Ausstellung "Klima verbündet". Als Ergebnis sollen Bildungsmaterialien für slowakische und niederösterreichische Schulen erstellt werden.
- Eine Universitätskooperation, in deren Mittelpunkt die Ausarbeitung eines Methoden- und Materialenkoffers steht, der interkulturelle Kommunikation und Konfliktlösung speziell für die Kooperationen zwischen Niederösterreich und der Slowakei zum Thema hat.

Auch konkrete Ergebnisse kann das erste Arbeitstreffen bereits aufweisen: die Ausbildung von ReferentInnen für die Ausstellung "Klima verbündet" und für entwicklungspolitische Workshops in Kooperation mit dem Methodischen Zentrum sowie dem Zentrum für Europäische Politik in Bratislava, die Erstellung von Fragebögen zum Thema "Interkulturelle Zusammenarbeit und Konfliktlösung" durch niederösterreichische und slowakische StudentInnen sowie die Festlegung von Terminen für weitere Seminare sowie Exkursionen in den Energiepark Bruck an der Leitha. Auch ein Zeitungsprojekt mit Jugendlichen aus Niederösterreich und der Slowakei zum Thema "Jugendkultur" wurde fixiert.

16.11.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

Slowakei

Slowakei wird 187 Milliarden Kronen in die Umwelt investieren

Die EU-Integration der Slowakei fordert eine Investition in die Umwelt in Höhe von 187 Milliarden Slowakische Kronen. Es handelt sich vor allem um den Aufbau der Wasserkläranlagen und des Kanalisationssystems. Laut EU-Normen muß in den Siedlungen mit über 2000 Einwohnern eine zweistufige Kläranlage installiert werden. Laut Umweltminister Laszlo Miklos werde die Slowakei im Bereich Umwelt bei den EU-Beitrittsverhandlungen sieben Übergangsfristen verlangen.

29.11.2001 (Quelle: www.slovakradio.sk)

"Gipfeltreffen" für Großtrappe

Von einem "Gipfeltreffen" für die Großtrappe berichtete heute, Mittwoch, der WWF (World Wide Fund for Nature) in einer Aussendung. Demnach unterzeichneten Umweltminister Wilhelm Molterer (V) und sein slowakischer Amtskollege Laszlo Miklos im niederösterreichischen Untersiebenbrunn ein Memorandum zum Schutz der seltenen und scheuen Steppenvögel. Mit Österreich und der Slowakei haben sich bisher neun Staaten der Großtrappe verpflichtet.

1940 gab es in Österreich noch 800 Großtrappen, derzeit sind es nur noch rund 60. "Einerseits durch Naturschutzmaßnahmen aus den landwirtschaftlichen Fördersystemen und andererseits durch das Miteinander von Landwirtschaft und Artenschutz können wir erstmals den Schutz der Trappenflächen vorantreiben", wurde Molterer zitiert.

28.11.2001 (Quelle: www.apa.at)

EU Auszeichnung im Umweltbereich

Die EU wird am Dienstag, den 27. November, 15 Städte aus den Mittel- und Osteuropäischen Ländern für den Fortschritt im Umweltbereich auszeichnen. Unter den gewürdigten ist auch die mittelslowakische Bezirksstadt Rimavska Sobota, die bereits im Vorjahr einen dieser EU-Preise erworben hatte. In den Wettbewerb meldeten sich insgesamt 122 Städte aus 13 EU-Kandidatenländern.

27.11.2001 (Quelle: www.slovakradio.sk)

Slowakei unterzeichnet wichtiges Dokument

Der slowakische Umweltminister Laszlo Miklos unterzeichnete in Brüssel eine Deklaration mit der Europäische Kommission über den Schutz der Gewässer der Donau und des Schwarzen Meeres. Der slowakische Umweltminister nahm in Brüssel auch an den 2-tägigen Verhandlungen der Umweltminister der Donauländer teil.

27.11.2001 (Quelle: www.slovakradio.sk)

Ungarn

Drei Städte bekommen Preis für Umweltpolitik

Die Industriestädte Miskolc, Dunaújváros und Gyöngyös sind vergangene Woche mit einem Europäischen Umweltpreis ausgezeichnet worden. Der Preis wird an Städte der 13 EU-Beitrittskandidaten vergeben, die sich erfolgreich darum bemühen, die Ziele der EU-Umweltpolitik zu erfüllen. Die Gewinner - insgesamt 15 Städte aus neun Ländern - bekamen den Preis vergangene Woche in Brüssel überreicht. Insgesamt 122 Städte hatten sich um die Auszeichnung beworben. Die Verleihung wurde von einem inoffiziellen Treffen der Umweltminister der Kandidatenländer begleitet.

02.12.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

WIRTSCHAFT

Österreich

WKÖ plant erstes Auslands-WIFI in Budapest

Ungarn ist Österreichs fünftwichtigster Handelspartner, im EU-Fortschrittsbericht Spitzenreiter unter den EU-Beitrittskandidaten, verfügt über eine rasche Weiterentwicklung und ist für die erste Gründung eines Wirtschaftsförderungsinstitutes (WIFI) im Ausland bestens prädestiniert", betonte WKÖ-Präsident Christoph Leitl, heute, Freitag, beim Besuch des ungarischen Wirtschaftsministers György Matolcsy in Budapest. Lebensbegleitendes Lernen sei nicht nur in Österreich ein Gebot der Stunde, sondern auch bei unseren östlichen Nachbarn nehme das Weiterbildungsinteresse stark zu. "Daher plant die Wirtschaftskammer Österreich im Rahmen des 'WIFI International' den Aufbau eines WIFI Budapest. Zusätzlich zu den bis jetzt bereits 5.000 Managern an den WIFI-Seminaren in Mittel- und Osteuropa will das WIFI sein Know-How in Form eines ersten Auslands-WIFI ab dem ersten Halbjahr 2002 als Pilotprojekt weitergeben."

Das Leistungsportfolio umfasst Aus- und Weiterbildungsleistungen in Anlehnung an die Geschäftsfelder der WIFI in Österreich wie Management, Persönlichkeit, Sprachen, Betriebswirtschaft, EDV, Technik und Branchen. Die Spezifikation der konkreten Produktangebote des WIFI Budapest wird nach betriebswirtschaftlichen Kriterien erfolgen und Marktsituation, erzielbare Deckungsbeiträge und die strategische Positionierung am ungarischen Weiterbildungsmarkt miteinbeziehen. Auch die elektronische Lernform "learning on demand" solle Bestandteil des Angebots werden, berichtet Leitl. Ein Fokus des Geschäftsmodell wird bei Markteintritt auf das Segment FirmenInternTraining (FIT) gelegt, womit die Zielgruppen vor allem Unternehmen aber auch alle anderen Weiterbildungswilligen sind.

Bei seinem Ungarn-Besuch trifft Präsident Leitl auch mit den Schlüsselpersonlichkeiten Ungarns zur Vorbereitung des EU-Beitritts zusammen: dem Staatssekretär für die EU-Beitrittsverhandlungen Peter Gottfried und mit Staatssekretär Janos Rapcsak, der die Verteilung der Vor-Beitrittsfonds koordiniert. Leitl macht dabei vor allem auf das Interesse und die Leistungsfähigkeit österreichischer Firmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes aufmerksam. Die EU-Kommission hat vor zwei Wochen eine Reihe von äußerst bedeutenden Umweltschutz-Projekten im Bereich Abwasserreinigung im Gesamtwert von über 80 Mio Euro (1,1 Mrd Schilling) in Ungarn genehmigt.

07.12.2001 (Rückfragehinweis: Wirtschaftskammer Österreich) (Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, www.wk.or.at)

OMV erweitert slowakisches Tankstellennetz um 13 Stationen

Am 3. Dezember erteilte das slowakische Wirtschaftsministerium, als Eigentümer der Transpetrol Trading, a.s., OMV Slovensko, spol. s.r.o. (OMV Slovensko) den Zuschlag für den 100%igen Kauf des Unternehmens mit seinen 13 Tankstellen. Über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart. OMV Slovensko ist eine 100%-Tochter der OMV Aktiengesellschaft.

Mit dem Kauf der Tankstellen steigt der Marktanteil der OMV Slovensko von 14 % auf 17 %. "Damit bauen wir unsere Position als Nummer Zwei nach dem nationalen Anbieter am slowakischen Markt weiter aus", so der für den Geschäftsbereich Raffinerien und Marketing zuständige OMV Vorstand Tassilo Peyrer-Heimstätt.

Das 13 Tankstellen umfassende Netz der Transpetrol Trading, a.s. ist über die gesamte Slowakei verteilt und komplettiert somit das bereits bestehende OMV-Netz. Der endgültige Kaufabschluss soll noch bis Jahresende erfolgen.

06.12.2001 (Rückfragehinweis: OMV) (Quelle: OMV Presse, www.omv.at)

Ostslowakei: Beachtenswerter Markt und Plattform für den Osten

"Die Region Ostslowakei bietet sich nach EU-Beitritt der Slowakei als geeignete Plattform für Geschäftsbeziehungen weiter nach Osten an", ist Josef Altenburger, Handelsdelegierter in Pressburg, überzeugt. Mehr als 20 österreichische Firmen nahmen Anfang der Woche an der von der Wirtschaftskammer Österreich und der Außenhandelsstelle Pressburg organisierten Wirtschaftsmission in die Ostslowakei teil. Die Veranstaltung wurde mit den beiden Regionalkammern Košice und Prešov organisiert. Neben bilateralen Gesprächen mit rund 80 slowakischen Firmen,

fanden auch erstmals - auf Grund der engen Zusammenarbeit mit der benachbarten Ukraine - Gespräche mit einigen ukrainischen Firmen statt.

"Obwohl es in der Region, auch aufgrund der zahlreichen ausländischen Investoren, wie zum Beispiel 'US Steel' in Košice, 'Whirpool' oder 'Matsushita', interessante Geschäftsmöglichkeiten gibt," so Altenburger, "wird die Ostslowakei wegen der schlechten infrastrukturellen Anbindung an die Westslowakei von Österreich noch nicht genügend beachtet." So bestünde beispielsweise im Bereich der Energie- und Verkehrsinfrastruktur sowie im Umweltsektor großer Investitionsbedarf, wofür auch entsprechende EU-Mittel bereitgestellt würden.

Die Wirtschaftsmission war, laut Aussage der teilnehmenden österreichischen Unternehmen, sehr erfolgreich. "Zahlreiche neue Geschäftskontakte wurden geknüpft, bestehende Beziehungen wurden erweitert und vertieft", zeigte sich der Handelsdelegierte zufrieden.

25.10.2001 (Rückfragehinweis: Wirtschaftskammer Österreich) (Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, www.wk.or.at)

Tschechien

Tschechische Firmen öffnen sich dem internationalen Markt

Das Ergebniss einer Umfrage der Handels- und Wirtschaftskammer (HWK) in Brünn ist, dass die Zahl der Firmen steigt, die sich dem internationalen Markt öffnen. Um 10% (von 35 auf 45%) stieg die Zahl der sich auf Import und Export orientierenden Betriebe. Diese Betriebe haben vor, sich auf Deutschland, Österreich, Slowakei, Niederlande und Italien zu konzentrieren.

Die HWK organisierte schon dieses Jahr Handelsreisen nach Österreich und in die Slowakei. Für nächstes Jahr sind solche Reisen auch nach Deutschland, Niederlande oder Italien geplant.

02.12.2001 (Quelle: ČTK)

Der Journalist und die tschechischen Erzeugnisse

„Jahrelang zieht sich Tschechien als Faden durch unzählige Arbeiten, Buecher und Berichte von Johannes Jetschg“, schreibt die Linzer Zeitung in der Beurteilung des neuesten Buches von Johannes Jetschg mit dem Titel: „Skoda, Gablonz, Budweiser & Co. Oder Neuer Glanz der alten Marken“. Das Buch wurde vom Buchverlag Boehlau in Wien herausgegeben, es hat 312 Seiten und es kostet 438 Schilling.

Die OON beschreibt das Buch als Geschichte der tschechischen Marken, der Industriekonzerne und Produkte. Das Buch dementieren die in Österreich vorherrschende Meinung, dass es den Tschechen wohl an der oekonomischen Reife und Erfahrungen fuer den baldigen EU-Beitritt mangelt.

„Und so denken die meisten Österreicher“, bemerkt die Zeitung. Die Österreicher sehen im baldigen EU-Beitritt die Bedrohung des eigenen Wohlstands. Die österreichische Ueberheblichkeit ist aber keinesfalls berechtigt. Boehmen war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der groeßte Steuerzahler der Monarchie. Böhmen war ein Industrieland, es hatte eigene Unternehmen und Markenproduktion. Die fast fuenfzig Jahre der Isolation konnten die wichtigen Marken nur relativ wenig schaden. Sie befanden sich im „Winterschlaf“ und wurden im Ausland verkauft oder mit Erfolg revitalisiert.

OON erinnert an die vielen erfolgreichen Geschichten, die jener von Tomas Bata ähneln. Zu solchen Firmen gehören z. B. SOLO Streichhölzer oder die Produktion vom böhmischen Glas, deren Produzenten ihre Erfahrungen ins Ausland übertragen haben. Das Blatt erwaeht auch Budvar, Becherovka, THUN Porzellan, SKODA, MATTONI Mineralwasser oder PETROF Klaviere. Auf eine interessante Weise wird von Jetschg auch die Geschichte der Bleistifte Hardtmuth –Koh-i-noor behandelt. Die Fachleute würden an seiner Version zweifeln, das ändert aber nichts daran, dass es sich hier um eine sehr interessante Lektüre handelt.

29.11.2001 (Quelle: Listy Prachaticka)

Investkredit Bank AG: Eröffnung der Repräsentanz Prag

Die Investkredit Bank AG hat mit der Repräsentanz Prag ihre erste Geschäftsstelle im Ausland eröffnet. Als Bank für Unternehmen trägt sie damit dem Konzept einer regionalen Expansion in ausgewählte europäische Länder Rechnung. Ausschlaggebend für den Schritt in die Tschechische Republik waren vor allem die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Volkswirtschaften und vieler Unternehmen beider Länder. Schwerpunkt der Tätigkeit der

Repräsentanz Prag wird neben der besseren Betreuung österreichischer Kunden vor Ort vor allem auch das Direktgeschäft im Bereich der Unternehmens- und Immobilienfinanzierung sein. Ein weiterer Grund für die Wahl des Standortes Prag sind die erfolgreichen Immobilienaktivitäten der Europolis Invest-Gruppe, die zu 100 % im Eigentum der Investkredit steht. In den letzten Jahren hat die Europolis ein Immobilienportfolio in Wien, Prag, Budapest und Warschau im Gesamtvolumen von EUR 275 Mio. aufgebaut. Besonders hervorzuheben ist das Entwicklungsprojekt River City Prague, das einen neuen städtebaulichen Akzent direkt an der Moldau setzt. Darüber hinaus besitzt die Investkredit-Gruppe in Prag das Bürohaus Hadovka Office Park, wo auch die Repräsentanz angesiedelt ist.

Die Repräsentanz Prag wird von einem erfahrenen österreichisch-tschechischen Team geleitet. Mag. Ruth Schwarzinger hat an der Wiener Wirtschaftsuniversität Handelswissenschaften studiert, verfügt über langjährige Bankerfahrungen und ist seit 1996 erfolgreich am tschechischen Markt tätig. Herr Lukás Ramzer ist geborener Tscheche, hat in jungen Jahren schon eine beachtliche Bankenpraxis gesammelt und war vor der Übernahme seiner neuen Funktion für das Kreditteam einer internationalen Großbank verantwortlich.

24.10.2001 (Rückfragehinweis: Mag. Hannah Rieger, rieger@investkredit.at) (Quelle: Investkredit Bank AG, www.investkredit.at)

Slowakei

OTP kauft Mehrheitsanteile der slowakischen Bank IRB

Die slowakische Regierung hat entschieden, der OTP Bank Rt. für insgesamt 1,7 Milliarden Kronen die Mehrheitsanteile der Investičná a Rozvojová Banka (IRB) zu überlassen. OTP soll für eine Aktie 15,5 Dollar zahlen. Das Paket über 92,25 Prozent kostet demnach 700 Millionen Kronen und setzt sich zusammen aus den 69,56 Prozent, die bisher dem slowakischen Staat gehörten und den 22,99 Prozent, die vormals die Versicherung Poistovna besaß. OTP verpflichtet sich zusätzlich zu einer Kapitalerhöhung von einer Milliarde Kronen innerhalb eines Jahres.

12.11.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Ungarn

DaimlerChrysler und Rába planen gemeinsame Lkw-Produktion

Der deutsch-amerikanische Automobilkonzern DaimlerChrysler und der ungarische Nutzfahrzeughersteller Rába planen die gemeinsame Produktion eines Schwerlasters in Ungarn. Nach Auskunft von Hans-Jürgen Wischhof, Vice President der Lkw-Sparte von DaimlerChrysler, soll die Produktion im dritten Quartal 2004 im west-ungarischen Győr anlaufen. Der LKW, der außerhalb Ungarns unter dem Markennamen Mercedes-Benz vertrieben werden soll, kann den Angaben zufolge sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden. Die ungarische Armee habe das Gemeinschaftsprojekt bereits in die engere Auswahl für die Lieferung von 7000 Lkw gezogen, hieß es.

28.11.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Reisebüro-Kette Ibusz geht von der Börse

Die Reisebüro-Kette Ibusz Rt. soll in Zukunft nicht mehr an der Budapester und Wiener Börse notiert werden. Dies wurde auf der letzten Ibusz-Vollversammlung beschlossen. Gleichzeitig gab man bekannt, dass die Innova-Invest Rt., die zur Zeit mit 12,3 Prozent an Ibusz beteiligt ist, ein Kaufangebot für alle übrigen Aktien der Firma machen will. Ibusz wurde 1902 gegründet und ging 1990 an die Börse. Bis 1995 hatte die Firma vier Mrd. Ft Kredit-Schulden angehäuft.

12.11.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Audi will in Győr weiter investieren

Mehrere Millionen Mark will die Audi AG in den kommenden Jahren am Standort Győr investieren. Das teilten Jochem Heinzmann, Vorstandsvorsitzender der Audi AG Ingolstadt, und Jürgen Lunemann, Direktor der Audi Hungaria Motor Kft., am Rande eines Gesprächs mit Ministerpräsident Viktor Orbán mit. Zeitgleich mit dem Empfang lief in Győr der Fünfmillionste Motor vom Band - ein Sechszylindermotor mit drei Liter-Hubraum für den Audi A6.

In Győr wurden im vergangenen Jahr mehr als eine Million Motoren produziert und mehr als 56.000 Audi TT montiert. Die Audi Hungaria Motor Kft. konnte als eines der bedeutendsten Unternehmen Ungarns im Jahr 2000 Einnahmen in Höhe von 6,6 Milliarden Mark verzeichnen.

Ein weiteres Gesprächsthema war der Ausbau des Flugplatzes Pér unweit von Győr, durch dessen Nutzung eine Luftbrücke Ingolstadt-Győr errichtet werden könnte. An dieser Flugverbindung zwischen Mutter- und Tochterunternehmen ist Audi sehr interessiert. Ministerpräsident Orbán sicherte seine persönliche Unterstützung zu. Konkrete Verhandlungen wurden für die nahe Zukunft vereinbart. Heizmann zeigte sich außerordentlich zufrieden mit der Leistung der ungarischen Mitarbeiter; das Audi-Werk in Győr arbeite auf höchstem Niveau.

10.11.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Rába und Caterpillar mit gemeinsamer Investition

Die Rába Rt. und Caterpillar haben in der vergangenen Woche eine Vereinbarung über ein gemeinsames Investitionsprojekt unterzeichnet. Dem Vertrag zufolge wird Rába in Zukunft Bestandteile für die Traktoren vom Typ Caterpillar Challenger bauen. Die Investition wird gemeinsam finanziert. Rába erhofft sich in drei Jahren aus diesem Vertrag einen zusätzlichen Umsatz von zwei Mio. Dollar.

05.11.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

CPS baut Arzneimittelwerk in Nordungarn

Im Gewerbepark von Szikszó hat die CPS 2001 Rt. den Grundstein für den Bau eines Arzneimittelwerkes gelegt. Die Gesellschaft will in das Werk zwei Mrd. Ft investieren. Die Rt. befindet sich zu 100 Prozent in ungarischem Eigentum. Sie will im kommenden Jahr 100 neue Arbeitsplätze schaffen. Sie hat im Gewerbepark ein sechs Hektar großes Grundstück erworben. Im Jahr 2004 soll sie über 300 Beschäftigte verfügen.

05.11.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Flugplatz Börgönd wird versteigert

In der zweiten Novemberhälfte wird der Flugplatz Börgönd von seinem Eigentümer, der Privatisierungsholding ÁPV Rt. versteigert. Der Tender wird in dieser Woche ausgeschrieben. Die Selbstverwaltungen von Székesfehérvár und Ábrahámsánd wollen auf jeden Fall mitbieten. Die britische Wiggins Group hält ihre vor zweieinhalb Jahren gemachte Offerte in Höhe von 15 Mrd. Ft zur Entwicklung des Flugplatzes weiter aufrecht.

05.11.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Hohe Geldbuße für Erste Bank

Die Staatliche Aufsicht der Finanzorganisationen (PSZÁF) hat der freiwilligen und privaten Rentenkasse der Erste Bank eine ungewöhnlich hohe Geldbuße in Höhe von 4 Mio. Ft auferlegt. Weiterhin hat die PSZÁF eine Mitgliederaufnahmesperre für die Rentenkasse verhängt.

29.10.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Sibur-Pläne bei BorsodChem

Sibur-Präsident Jakow Goldowski verhandelte Mitte Oktober in Moskau mit den Botschaftern aus Tschechien, Polen und Ungarn über die Errichtung eines "Äthylengürtels" in den drei Ländern. In Ungarn soll bei BorsodChem ein neuer Komplex errichtet werden, informierte der ungarische Botschafter in Moskau, György Varga.

29.10.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Hirtenberger baut Munitionsfabrik

Die österreichisch-ungarische Hirtenberger Hungária Lőszergyártó Kft. baut in Sirok eine Munitionsfabrik. Sie will hier jährlich 35-40 Mio. Patronen herstellen. 60 Prozent der Anteile an der Gesellschaft hält die österreichische Hirtenberger Patronen Beteiligungs GmbH&Co AG, 40 Prozent die MFS 2000 Magyar Lőszergyártó Rt. Ab Dezember werden Patronen für Jagdgewehre und Pistolen hergestellt, ab 2003 auch welche für Militärwaffen.

29.10.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Neues Werk in Nagyatád

Mit einer Investition von mehreren hundert Mio. Ft baut die deutsche Hermann Vogt GmbH & Co. (HV) im Gewerbepark von Nagyatád einen Maschinenbaubetrieb. Das Produktionswerk soll auf einem einen Hektar großen Gelände errichtet werden. Der Produktionsanlauf ist bereits für das kommende Jahr vorgesehen.

Das deutsche Unternehmen mit Sitz in Reutlingen hat bereits Kontakte zu Nagyatád. Die Rola Gépipari Kft., ebenfalls in dem Ort ansässig, liefert seit geraumer Zeit Produkte und Bestandteile an die Hermann Vogt GmbH. Zu den Partnern von HV gehören renommierte ausländische Auto- und Flugzeugindustrieunternehmen wie beispielsweise die DaimlerChrysler AG. Die Gesellschaft ist aber auch im Maschinenbau der Textilindustrie tätig und entwickelt mit italienischen, französischen und deutschen Partnern neue Verfahren und Technologien. Das deutsche Unternehmen wurde 1869 gegründet und hat in Deutschland 300 Beschäftigte.

29.10.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

Robust Plastik Assembling liefert mehr Faxe aus Győr

Vor kurzem nahm die Robust Plastik Assembling Kft. (RPA) ihre neue Produktionsstätte in Győr in Betrieb. Die österreichische Firma, seit 1999 in Győr ansässig, ist spezialisiert auf die Montage von Faxgeräten und ist Zulieferer von Philips und Olivetti. Bei der Wahl des Standorts Győr war die Nähe zu Philips und das Vorhandensein von qualifiziertem Personal und der entsprechenden Infrastruktur des Industrieparks ausschlaggebend.

Anfang des Jahres wurde mit dem Bau des eine Mrd. Ft teuren, 8500 Quadratmeter großen Werks begonnen. Von Juli bis Oktober wurde die alte Produktionsstätte in die neuen Hallen verlagert. Zurzeit beschäftigt die RPA etwa 400 Arbeitnehmer im Zweischichtbetrieb, bis Ende des Jahres ist die Einstellung von weiteren 150 Arbeitnehmern geplant. Die RPA legt großen Wert auf Qualität und Flexibilität, seit August 2000 wird nach dem Qualitätssiegel ISO 9002 produziert. Im Jahre 2000 verzeichnete das Unternehmen Einnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden Forint, im dritten Quartal 2001 wurden 7,8 Milliarden Forint erreicht. Die Jahreskapazität liegt bei rund einer Million Faxgeräte.

29.10.2001 (Quelle: www.budapester.hu)

REGIONALENTWICKLUNG

Österreich

Grenzüberschreitende Kleinprojekte im Industrieviertel

Gerade durch gemeinsame Kleinprojekte wird im Verhältnis zu den benachbarten EU-Bewerberstaaten viel Positives in Bewegung gebracht. In der letzten Sitzung des Vergabegremiums wurde für das Industrieviertel wieder grünes Licht für sechs solcher Vorhaben gegeben. Aus dem Kleinprojekte-Fonds (KPF), der im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG eingerichtet wurde, werden ein Projekt mit slowakischen und fünf mit ungarischen Partnern gefördert.

Die sechs Projektträger aus dem Industrieviertel erhalten für ihre Vorhaben zwischen 29.921 Schilling (2.174 Euro) und 50.000 Schilling (3.633 Euro). Gefördert werden im Industrieviertel Projekte mit grenzüberschreitender sozio-kultureller Thematik: Austauschausstellungen zwischen KünstlerInnen, Aufbau von Kooperationen mit Reisebüros und Gästeaustausch, Wanderausstellung zum Thema "Römische Medizin und Hygiene", Weinwirtschaft und Weinkultur, Handwerkskunst am Adventmarkt und Erstellung eines historischen Kinderbuches.

Bis November 2001 wurden aus dem KPF Industrieviertel bereits 12 Projekte mit der Slowakei mit einer Gesamtförderungssumme von 490.350 Schilling (35.635 Euro) und 14 Projekte mit Ungarn mit 621.421 Schilling (45.160 Euro) gefördert. 50 Prozent der Kosten werden vom Projektträger getragen, 25 Prozent finanziert das Land Niederösterreich, 25 Prozent werden von der EU kofinanziert. Der nächste Einreichtermin ist für Mai 2002 vorgesehen.

Detaillierte Informationen zu den bis jetzt geförderten Projekten gibt es auf der Homepage

www.industrieviertel.at.

22.11.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

Grenzüberschreitendes Impulszentrum Retz gestartet

Das Grenzüberschreitende Impulszentrum Retz (GIZ Retz) ist gestartet. Vorgangene Woche trafen sich Bürgermeister Ing. Pavel Balík (Znaim) und hochrangige Vertreter der Bereiche Wirtschaft, Landwirtschaft, Entwicklung und Kultur mit dem Retzer Bürgermeister Karl Fenth und österreichischen Experten zu ersten Gesprächen in der neuen Einrichtung.

Das GIZ Retz ist eine Arbeitsgemeinschaft der Stadtgemeinde Retz und des Vereins Telebüro Retzer Land. Untergebracht ist es im Telebüro Weinviertel in den repräsentativen Räumlichkeiten des Althofs. Zum Projektkoordinator wurde Mag. Ewald Bussek bestellt.

Aufgabe des Impulszentrums ist es, Begegnungen zwischen Menschen zu ermöglichen. In vorhandenen Kooperationen sollen die Tätigkeitsfelder vertieft und neue gemeinsame Projekte in der Aus- und Weiterbildung, in der Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen für Gewerbe-, Klein- und Mittelbetriebe, für die Landwirtschaft, für den Tourismus und die Schaffung von Plattformen für den Kulturaustausch erarbeitet werden.

12 Jahre offene Grenze zwischen Tschechien und Österreich und 12 Jahre Erfahrungen zwischen der Stadt Znaim und der Stadt Retz sind eine gute Basis für eine verstärkte Zusammenarbeit. Viele grenzüberschreitende Impulse wurden in dieser Zeit gesetzt, betonte Bürgermeister Fenth. Zu nennen sind vor allem das grenzüberschreitende Radwegenetz des Retzer Landes, bikulturelle Aktivitäten der HAK und der HLT oder die Zusammenarbeit im Bereich Kultur.

Bürgermeister Balík betonte die langjährige gemeinsame Geschichte als Ausgangspunkt für eine gemeinsame Zukunft. Die jeweiligen Vertreter der Wirtschaftsbereiche werden in ihren Arbeitskreisen Ideen für gemeinsame Projekte entwickeln. Zur Festlegung der weiteren Schritte gilt seine Einladung, am 12. Dezember nach Znaim zu kommen.

16.11.2001 (Rückfragehinweis: Grenzimpulszentrum Retz) (Quelle: OTS Presseaussendung)

NÖ Regionalmanager in Brüssel

Das Verbindungsbüro Niederösterreich in Brüssel veranstaltete gemeinsam mit dem Institut für Städtebau und Raumplanung der Technischen Universität Wien, das mit einer Studentengruppe angereist war, ein Seminar zum Thema "EU-Erweiterung – die Auswirkungen auf Österreichs

Grenzregionen". Dass man mit diesem Thema wieder einmal den Nagel auf den Kopf getroffen hat, bewies das bis zum Platzen gefüllte Verbindungsbüro. Neben Vertretern aus europäischen Länderbüros konnten auch drei österreichische EU-Parlamentarier - die beiden Niederösterreicherinnen Agnes Schierhuber und Karin Scheele sowie Christa Prets aus dem Burgenland - begrüßt werden. Weiters folgten diverse Repräsentanten aus den Beitrittskandidatenländern der Einladung, unter anderem der Slowakische Ständige Vertreter Juraj Migas. Dipl.Ing. Andreas Hacker, Regionalmanager des Industrieviertels, stellte das Städtedreieck Wien - Bratislava - Győr vor und behandelte besonders die Problematik der Verkehrsplanung dieser Region.

Prof. Dr. Gerhard Schimak, Vizerektor der TU Wien, und Dr. Hannes Schaffer von der Mecca Environmental Consulting, informierten die Zuhörer über die Schwierigkeiten bei der Initiierung grenzüberschreitender Regionalkooperationen, insbesondere die auf diffusen Ängsten basierende Skepsis der Bevölkerung zu überwinden. Dr. Schaffer betonte dabei die wichtige Rolle von Kleinprojekten, deren Umsetzung oft einen emotionalen Umschwung auslöse und so den Willen engagierter Bürger stärken könne.

Die Euregio Weinviertel-Südmähren-Westslowakei stand im Mittelpunkt der Ausführungen des Weinviertel-Regionalmanagers Dipl.Ing. Hermann Hansy. Die Euregio sieht sich als Informationsdrehzscheibe, die Kontakte knüpft und Organisationen bei ihrer Zusammenarbeit unterstützt.

Der Regionalmanager des Mostviertels, Dipl.Ing. Reinhard Weitzer, referierte über das Euregio-Forum, dessen Ziel darin besteht, eine qualitätsvolle, grenzüberschreitende Beratungstätigkeit anzubieten, Expertenwissen zur Verfügung zu stellen und besonders das Bewusstsein für die überregionale Zusammenarbeit zu stärken.

Als Fazit wurde von Prof. Schimak angemerkt, dass Niederösterreich nicht nur innerhalb Österreichs, sondern EU-weit durchaus als impulsgebend in Sachen Regionalpolitik angesehen werden kann und in diesem Bereich in den letzten Jahren enormes Know-how angesammelt hat.

Wesentlich dazu beigetragen hätte die hohe Qualität der Regionalmanagements.

09.11.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

Interreg Projekt RAPIS abgeschlossen

Das Interreg Projekt RAPIS (=Raum -Projekt - Informations-System) für die Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland wurde heute im Rahmen einer Pressekonferenz im Wiener Rathaus von Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka und Stadtrat Dipl.Ing. Rudolf Schicker präsentiert. In den vergangenen zwei Jahren wurden Daten, Informationen und Projekte des Raumes rund um Wien gesammelt und in einer gemeinsamen Internetplattform zusammengestellt. Mit dem Abschluss des Projektes steht nun ein Instrument einer verknüpften Datenabfrage für das Gebiet der "Vienna Region" zur Verfügung, das Bürger, Wirtschaft, Verwaltung und Politik gleichermaßen zugute kommt.

"Durch die Vernetzung von Daten für die Raumplanung, Umwelt, Verkehr usw. über Landesgrenzen hinweg und die dadurch verbundenen Kosteneinsparungen bei der Datenbeschaffung bringt das Projekt unmittelbaren Nutzen für Niederösterreich, so Landesrat Wolfgang Sobotka zu den Zielsetzungen des Projektes, "zusätzlich erspare ich mir aufwendige Studien, habe laufend aktuelle Daten verfügbar und erreiche so ein Mehr an Informationen für alle Beteiligten mit einem geringeren Aufwand."

Egal, ob Anliegen von Bürgern, der Wunsch eines Investors, ein gemeinsames Planungsprojekt der Bundesländer - vorhandene Daten können besser und effizienter genutzt werden und so wird eine deutliche Verbesserung der Information, Kommunikation und Kooperation innerhalb der Region erzielt.

"Die Vienna Region" als Region dreier Bundesländer im Zentrum Europas kann auf beste Standortfaktoren hinweisen. Nun gibt es mit RAPIS einen weiteren", so Sobotka. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Konzepte zur Betriebsansiedlung, Umweltprojekte, Technologiezentren etc. aber auch die bevorstehende EU-Erweiterung - all dies verlangt eine koordinierte Vorgangsweise innerhalb der Region, die durch ein komplexes Informationssystem wie RAPIS eine neue Basis und neue Möglichkeiten findet.

Ein besonderes Anliegen für die Zukunft ist es zudem, auch die grenznahen Gebiete in den Nachbarstaaten, insbesondere die Stadtregionen Bratislava, Brünn, Győr und Sopron verstärkt in den Informations- und Kooperationsprozess einzubinden, mit der Perspektive, die "Vienna Region" zum Herzen eines Zentral-Mitteleuropas zu entwickeln.

RAPIS finden Sie im Internet unter www.rapis.org.

07.11.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

EUREGIO Forum Niederösterreich

Die ARGE EUREGIO Forum mit Sitz in Zistersdorf, bestehend aus NÖ Regionalmanagementeinrichtungen des Wald-, Wein-, Industrie- und Mostviertels, hat gemeinsam mit der Regionalentwicklungsagentur Südmähren, der Regionalvereinigung Zahorie, dem Regionalzentrum Dunajska Streda und der Stadt Győr bereits zahlreiche innovative Projekte im Grenzraum durchgeführt.

Weil es jedoch im Bereich der grenzüberschreitenden Projektarbeit noch immer Informationsdefizite, Kompetenzmängel und falsche Projekterwartungen gibt, hat die NÖ Landesregierung bei ihrer letzten Sitzung im Rahmen des Programms INTERREG IIIA Österreich – Slowakei einen Finanzierungsplan über 6.003.316,16 Schilling (436.278 Euro) für weiterreichende Aktivitäten bis April 2004 genehmigt. Darin enthalten sind 2.401.326,47 Schilling (174.511 Euro) Landesförderung, 3.001.658,08 Schilling (218.139 Euro) EFRE-Mittel und 600.331,62 Schilling (43.628 Euro) Eigenmittel.

Vorgesehen sind dafür die Erhöhung des Beratungsstandards durch gemeinsame Schulung, Bildung und Qualifizierung des Personals im Hinblick auf grenzüberschreitende Kooperationen, die Durchführung eines Aktionsprogramms zur Förderung der eigenständigen Regionalentwicklung im Grenzraum, der Aufbau eines gemeinsamen Presse- und Informationsdienstes der EUREGIO Forum-Netzwerkpartner, die Suche nach neuen und innovativen Kommunikationskanälen sowie eine gemeinsame Präsentation und Vermarktung des EUREGIO-Angebotes.

Zielgruppen sind Gemeinden, Kleinregionen, lokale und regionale Initiativen bzw. Personen, die Unterstützung für grenzüberschreitende Projekte suchen. Ziel des Projekts ist es, durch eine Bündelung der Kräfte in einem grenzüberschreitenden Netzwerk die Arbeit der regionalen Organisationen zu professionalisieren und gemeinsame Standards in der Projektentwicklung und -umsetzung zu erreichen.

22.10.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

Zukunftsfähige Regionalentwicklung - Bildung für Nachhaltigkeit

Niederösterreich ist es seit Jahren ein Anliegen, im Bereich der Umwelt- und Klimaschutzpolitik internationale Kontakte zu forcieren und mit entsprechenden Projekten der erneuerbaren Energien und der Emissionsminderung grenzüberschreitend tätig zu sein. In diesem Zusammenhang hat die Südwind Entwicklungspolitik NÖ Süd im Rahmen von INTERREG IIIA/PHARE CBC das Projekt "Zukunftsfähige Regionalentwicklung - Bildung für Nachhaltigkeit" entwickelt, für das die NÖ Landesregierung bei ihrer letzten Sitzung 1.467.500 Schilling (106.647 Euro) genehmigt hat. Die Kosten für das von 2001 bis 2003 anberaumte Gesamtprojekt belaufen sich auf 6,37 Millionen Schilling (462.926 Euro). Zur Finanzierung tragen auch die EU mit 2,935 Millionen Schilling (213.295 Euro) INTERREG IIIA-Mitteln, die Slowakische Republik mit 500.000 Schilling (36.336 Euro) und die Südwind Entwicklungspolitik NÖ Süd mit projektbezogenen Einnahmen von 1.467.500 Schilling (106.647 Euro) bei.

Das Projekt lässt sich in drei Säulen gliedern. Der erste Teil hat eine grenzüberschreitende Gemeindevernetzung zwischen Niederösterreich und zwei Regionen in der Slowakei (Dunajska Streda, Kamenin) zum Ziel. Neben der Erhebung des Ist-Zustandes bzw. des jeweiligen Handlungsbedarfes in Bezug auf den Umwelt- und Klimaschutz in den Partnergemeinden sollen mittel- und langfristige Ziele formuliert werden.

Der zweite Teil des Projektes umfasst die Erstellung einer slowakischen Kopie der Ausstellung "Klima verbündet" sowie weiterführende entwicklungspolitische Lehrer- und Schüler-Workshops. Mit der Ausstellung soll einerseits der Klimabündnisgedanke in Mittel- und Osteuropa verankert und andererseits eine laufende Vernetzung im Schulbereich etabliert werden.

Die dritte Säule des Projektes hat zum Ziel, in einer grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe einen Methoden- und Materialienkoffer auszuarbeiten, der interkulturelle Kommunikation und Konfliktlösung speziell für Kooperationen zwischen Österreich und der Slowakei im Schul-, Universitäts-, Wirtschafts- und Gemeindebereich zum Thema hat.

22.10.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

Slowakei

ISOMI – Informationssystem der Gemeinden und Städte im Internet

Im Rahmen des Informationssystems der Gemeinden und Städte im Internet (ISOMI) unterzeichneten die strategischen Partner einen Grundvertrag. Das Projekt wird von der Firma Trithem überwacht, deren Partner die Gesellschaft der Städte und Gemeinden der Slowakei (ZMOS) und die Union der Städte der Slowakei sind. Hard- und Softwarelösungen liefern die Firmen HTC und IBM, den Internetanschluss bieten den Gemeinden die Slowakische Telekom. Das Projekt soll dazu dienen, dass jede Gemeinde eine eigene Homepage haben kann, die sie eigenständig aktualisiert. ISOMI ist zusammen mit dem Informationssystem der Firmen im Internet (ISFI) und dem Arbeitsmarkt im Internet (PTI) ein Bestandteil des Systems Trithem. Dieser soll helfen, eine einheitliche Kommunikationsumgebung, ein vollständiges und ökonomischen System bilden. ISFI umfasst etwa 20 Tausend Firmen, was in Verbindung mit den weiteren Bestandteilen des Systems in den Regionen einen effektiven Arbeitsmarkt bilden kann.

Dem Projekt ISOMI traten bis jetzt 17 Regionalverbände bei und etwa 650 Selbstverwaltungen. Die Teilnahme ist kostenlos, genauso wie seine Nutzung und die Einschulung eines Mitarbeiters. Es wurde versucht, Mittel aus den Fonds der EU zu bekommen, doch ohne Erfolg.

(Quellen: www.hnx.sk, 19.11.2001, www.obecnenoviny.sk, 06.11.2001)

TOURISMUS

Österreich

Gleichenfeier für die Therme Laa an derThaya

Der Bau der Therme Laa an der Thaya im Bezirk Mistelbach schreitet zügig voran. Nur sechs Monate nach dem offiziellen Spatenstich fand heute bereits die Gleichenfeier für dieses Thermal- und Gesundheitsprojekt in der Grenzstadt statt. Landesrat Ernest Gabmann bezeichnet die Gleichenfeier, so wie das gesamte Projekt selbst, als Beweis für die Tüchtigkeit und Leistungskraft in dieser Region. Mit diesem Leit- und Zukunftsprojekt würden nicht nur enorme wirtschaftliche Impulse in der Region ausgelöst, es seien auch eine Vielzahl von Synergieeffekten für Tourismus, Wirtschaft und Landwirtschaft zu erwarten. "Derartige innovative Einrichtungen sind wichtige Eckpfeiler der NÖ Tourismuswirtschaft und die Antwort auf die EU-Erweiterung und die fortschreitende Globalisierung", ist Gabmann überzeugt.

Seit dem offiziellen Spatenstich im Mai dieses Jahres wurden rund 34.000 Kubikmeter Erde bewegt, 12.000 Kubikmeter Beton verbaut und rund 1.000 Tonnen Stahl verarbeitet. Außerdem wurden bisher Lieferaufträge von über 200 Millionen Schilling (14,53 Millionen Euro) vergeben, wobei ausschließlich österreichische Firmen zum Zug kamen. Knapp 90 Prozent der Aufträge erhielten niederösterreichische bzw. 50 Prozent Weinviertler Unternehmen.

Die "Therme der Sinne", wie die Einrichtung bezeichnet wird, soll im Oktober 2002 eröffnet werden und kostet rund 390 Millionen Schilling (28,34 Millionen Euro). Die Schwerpunkte sind präventive Gesundheitsvorsorge, Wellness, gehobene Gastlichkeit etc., geboten werden unter anderem 3.500 Kubikmeter Badewasser im Innen- und Außenbereich sowie Fitness-, Sauna-, Physiotherapie- und Beauty-Bereiche. Dementsprechend sind auch die Erwartungen: Bereits im ersten Betriebsjahr rechnet man mit rund 200.000 Besuchern.

16.11.2001 (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung) (Quelle: NÖ Landeskorrespondenz)

Slowakei

Kleinkarpater Weinstraße

Nach dem Erfolg des heurigen Weinlesefestes in Pezinok hat man vorgeschlagen, diese Veranstaltung jedes Jahr in dieser Gemeinde abzuhalten. Als Beispiele wurden die Organisationen ähnlicher Veranstaltungen in Znojmo, Mikulov und auch in Österreich und Deutschland genannt. Man erwartet sich hiervon eine Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs, des Agrartourismus, der Weinstraße und die Stadt könnte eine breitere mediale Präsenz erreichen. In der Diskussion wurde vorgeschlagen, bereits im nächsten Jahr mit diesem Fest anzufangen. Man wartet nur noch die Reaktionen der Bevölkerung ab, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

11.2001 (Quelle: www.pezincan.sk)

Präsentation des Weinkalenders

Der Verein „Kleinkarpater Weinstraße“ und das Kleinkarpater Aufklärungszentrum in Pezinok stellten am 30. Oktober 2001 den Kalender „Das Winzer- und Weinjahr auf der Kleinkarpater Weinstraße 2001/2002“ vor.

Der Kalender umfasst 46 regionale Winzerveranstaltungen. In Pezinok selbst werden 11 Veranstaltungen stattfinden:

- 6. Februar 2002 – Wettbewerb im Schneiden des Weines (VVDP Karpaty Grinava),
- 7. Februar – Someliers – Schulung: Der Einfluss des Weines auf die Ernährung (Zámocká vináreň),
- 19. - 20. April – Weinmärkte Pezinok (Dom kultúry Pezinok),
- 24. Mai – Eröffnung des Weinarchivs (Malokarpatské múzeum),
- 25. Mai – Tag der offenen Tür im Keller des Ludvík Tretina am Tag des Hl. Hubert (Kupeckého 51),
- 13. Juni – Spaziergang in die Weinberge (Zeitzeugen zur Geschichte der Weinberge in

- Pezinok - Malokarpatské múzeum),
 - 17.-23. Juni – Kunst und Wein – Saal der regionalen Maler (Farská pivnica),
 - 2. Juli – Weinstraße für Journalisten (Exkursion auf der Weinstraße für einheimische und ausländische Journalisten - Info MOS Pezinok),
 - 20. September - 31. Oktober - II. Internationaler Saal der Wein- und Vinzermuseen (Malokarpatské múzeum)
- 11.2001 (Quelle: www.pezincan.sk)